

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Beleggeld vierteljährlich 14,00 Pl., monatlich 4,80 Pl. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 Pl. Bei Postbezug vierteljährlich 16,16 Pl., monatlich 5,39 Pl. Unter Streifenband in Polen monatlich 8 Pl., Danzig 8 Gld., Deutschland 2,50 R.-M. — Einzelnummer 25 Gr., Dienstags- und Sonntags-Nummer 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzelle 15 Groschen, die einpaltige Reklamezelle 125 Groschen, Danzig 10 bz. 80 Dz. Pl. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpf., übriges Ausland 100%, Aufschlag — Bei Platzmangel und schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847

Nr. 170.

Bromberg, Sonnabend den 26. Juli 1930.

54. Jahrg.

Eine Mahnung.

Grenzrevision und polnische Außenpolitik.

Zwischen Władysław Studnicki, der schon während der Kriegszeit für eine deutsch-polnische Verständigung und Annäherung eingetreten war, und dem Hauptorgan Roman Dmowski, der nationaldemokratischen „Gazeta Warszawska“ wird seit einigen Tagen eine Polemik über ein sehr heißes Problem geführt: Über das Verhältnis der polnischen Volksgemeinschaft und der polnischen Politik zu den „vom nationalen Bewußtsein des polnischen Stammes abgetrennten Gebieten“ (1), die durch das Versailler Traktat Deutschland zugesprochen wurden. Die politische Organisation des „Dziennik“ (Vater des Großen Polen) ist besonders in der letzten Zeit angesichts der in Italien, England und Frankreich betriebenen Propaganda für eine Revision der durch das Versailler Traktat gesteckten Grenzen sehr empfindlich geworden und versucht in den breiten Massen die Idee zu popularisieren, gewisse Gebiete, in denen eine polnische Minderheit vorhanden ist, wie Deutsch-Schlesien, Ermeland und Masurien von Deutschland abzutrennen und Polen einzuverleiben. In diese Polemik greift jetzt der „Kurjer Poranny“, das Sprachrohr des Marschalls Piłsudski, ein, um die polnische Außenpolitik gegenüber den Forderungen der Endecja, der polnischen Nationaldemokratie, zu rechtfertigen und die Vorwürfe, die die Nationaldemokraten an die Adresse der Regierung über ihre angebliche Tatenlosigkeit bei der „drohenden Gefahr von Seiten Deutschlands“ richten, zurückzuweisen. Das Blatt schreibt u. a.:

„Es ist zu unterscheiden zwischen der nationalen Einheit der Menschen und der staatlichen Einheit der Gebiete. Über die erste hat die Politik keine Macht, die zweite bildet eben den Gegenstand und das Ziel der Politik. Die nationale Einheit der Deutschen, die polnische Staatsangehörige sind, mit den Deutschen des Reichs, Österreichs, des Saargebietes, und sei es auch mit den Deutschen, die die ungarische, italienische, dänische oder belgische Staatsangehörigkeit besitzen, ist eine natürliche Sache, und kein Gesetz, kein Traktat, kein Zwang wird da etwas helfen. Doch ohne Rücksicht auf ihre nationalen Empfindungen haben wir das Recht, von den deutschen Mitbürgern zu verlangen, daß sie sich als polnische Staatsangehörige fühlen, daß sie sich mit ihren Landsleuten jenseits der Grenze nicht zum Schaden für den Polnischen Staat verständigen, daß sie nicht für die Abtrennung Pommerns und die schlesische Wojewodschaft von dem polnischen Staatsorganismus Propaganda machen. Wir haben die Mittel in der Hand, sie zu zwingen, sich dieser Pflicht anzupassen und sie zu bestrafen, falls sie sich der Pflicht nicht unterwerfen wollten. Diejenigen ihrer Landsleute, die von außen her sie zur Mißachtung dieser Pflicht aufheben, sehen ihr Schicksal der Gefahr aus, lassen in ihren Gehirnen tragische Konflikte entstehen, machen sich ihnen gegenüber einer raffinierten Grausamkeit schuldig.“

„Dieselbe Schuld würden diejenigen Polen auf sich laden, die ihre Landsleute, welche politische, sich aus der deutschen Staatsangehörigkeit ergebende Verpflichtungen haben, aufreizen wollten, sich ihren Pflichten zu entziehen und in ihnen das Gefühl der moralischen Pflicht zu Handlungen für eine Änderung des Schicksals von Hindenburg, Ortelsburg oder Allenstein erwecken würden. Dies müssen sich vor allem diejenigen sagen, die, indem sie von dem Los der Polen in Deutschland sprechen oder schreiben und eine Änderung dieses Loses zum Besseren wünschen, unvorsichtige und politisch ungenügend überlegte Wendungen gebrauchen.“

„Wer eine Änderung des Schicksals von Hindenburg, Ortelsburg oder Allenstein auf friedlichem Wege wünscht, um die endgültige Phraseologie zu gebrauchen, der muß eine Revision der Bestimmungen des Versailler Traktats auf diplomatischem Wege zulassen wollen, was gerade Deutschland fordert, in der Voraussetzung, daß eine solche Revision zu seinen Gunsten ausfallen würde. Wahrscheinlich irren sich die Deutschen, aber sie wissen, daß ein solcher Revisionsprozeß eine tiefe Erschütterung des internationalen Lebens, eine Aufspaltung der Leidenschaften bedeutet, was stets unberechenbare Folgen zeitigt.“

Daher ist die Politik Polens unbedingt entschlossen, es zu einem solchen Revisionsprozeß nicht kommen zu lassen, trotzdem es in diesem Prozeß auch als Kläger und nicht allein als Beklagter auftreten könnte. Dies ist ein Entschluß, der sämtliche Polen, sämtliche Organisationen, sämtliche Parteien verpflichtet. Die Außenpolitik des Staates darf nicht in den Redaktionsstübchen oder im Volksversammlungen festgelegt werden. Festgelegt wird sie lediglich durch die für die Geschichte des Staates verantwortliche Regierung, die genügt kritisiert werden kann, der man aber nicht entgegenarbeiten darf. Kommt die Opposition zur Macht, wovon sie in der Phantasie träumt, und übergibt sie den Staatsmännern des Vaters des Großen Polens die Leitung der Außenpolitik des Staates, so wird sie diese ändern können, aber erst dann, nicht früher. Sie wird dann Deutschland in seinem Revisionsbestreben helfen und fordern können, daß sich niemand erdreiste, sich dieser Politik durch Störung dieser Revision zu widersetzen, aber erst dann. Vorläufig wolle sie dessen eingedenk sein, daß gerade der Kampf gegen die Revisionsforderung Deutschlands die Politik Polens ist,

und daß jeder Pole ohne Rücksicht auf das Los Hindenburgs, Ortelsburgs oder Allensteins verpflichtet ist, sich ihr aufs genaueste anzupassen.“

Zaleski über Panuropa.

Im Zusammenhange mit dem Briand'schen Projekt eines Paneuropas veranstaltete die Agentur London General Press eine spezielle Enquete unter verschiedenen Politikern über die Zukunft Europas. Über dieses Thema sprach sich auch der polnische Außenminister August Zaleski aus. Er sagte u. a.:

Der Plan der Vereinigten Staaten von Europa scheint nicht leicht ausführbar zu sein. Immerhin aber bin ich der Ansicht, daß wir alles tun müssen, was in unserer Kraft steht, um der edlen Initiative eine Unterstützung zu sichern, die in der Praxis auf dem Gebiet der normalen Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen und der Konsolidierung der Grundlagen des Friedens von großer Bedeutung sein kann. Es ist klar, daß man viele Schwierigkeiten wird überwinden müssen, bevor der Plan Briands eine elementare Kraft erlangt. Tatsache ist, daß das Wirtschaftsleben der europäischen Staaten unbefriedigend ist. Wir müssen danach streben, daß die wirtschaftlichen Bedürfnisse aller Länder berücksichtigt, daß die Reibungen zwischen ihnen beseitigt werden, daß eine wahre Verständigung ermöglicht wird. Wir müssen die Zahl der Arbeitslosen verringern, das ist ein Problem, das in zahlreichen Staaten zweifellos zu den heftigsten sozialen Fragen überhaupt gehört, müssen Mittel und Wege finden, um in zahlreichen Staaten die Lage der breiten Schichten der Konsumenten, die oft mit allzu großen Lasten beschwert sind, zu mildern, müssen endlich die Wirtschaftsdifferenzen, die zwischen den einzelnen Staaten im Ergebnis der Verschiedenartigkeit der im heutigen Europa herrschenden wirtschaftlichen Systeme bestehen, ausgleichen.

Zwei Bedingungen müssen in erster Linie erfüllt werden, wenn wir der ganzen Aktion ein Gelingen sichern wollen:

1. Jeder Staat muß seine souveränen Rechte bewahren; dieser Grundsatz muß mit dem Ideal der internationalen Zusammenarbeit vereinheitlicht werden.
2. Kein Staat, welcher der geplanten Föderation beitreibt, darf irgend welche Privilegien genießen. Alle müssen gleichberechtigt sein ohne Rücksicht darauf, ob es sich um Agrar- oder Industrieländer handelt. Die Unterordnung der Interessen eines Staatentyps unter die des zweiten Typs ist im gegenwärtigen Augenblick unzulässig.

Der Kampf um Wilna.

Lenkt Litauen ein?

Warschau, 24. Juli. Der ehemalige Präsident der Litauischen Republik Grinius, der gegenwärtig die Würde des Präses der Tautininkai-Partei (Nationalisten) innehat, hat Vertretern der Komwoer Presse eine sensationelle Unterredung über die Beziehungen Litauens zu Polen gewährt.

„Nachdem die Agrarreform“, so sagte Herr Grinius, „schon fast vollständig durchgeführt ist, nachdem sich die litauische Sprache, den ihr gebührenden Platz errungen hat, nachdem in Kowno und in anderen litauischen Städten der polnische Geist erstorben ist, gibt es vom staatlichen Gesichtspunkte aus keine Grundlage mehr, gegenüber Polen in einer absoluten Isolation zu bleiben. An unserem Grundsatz, daß wir mit Polen nicht sprechen wollen, und daß von einer Verständigung solange nicht die Rede sein kann, bis wir nicht Wilna bekommen, wurde von keiner Regierung und von keiner Partei im ganzen Umfange festgehalten. Während der Verhandlungen mit Polen, die durch die Vermittlung des Völkerbundes geführt wurden, wurde unsere Stellung ernstlich geschwächt. Es scheint mir, daß der Kampf um Wilna und das Wilna-Gebiet vertagt werden muß. Eine günstige Lösung der Wilna-Frage könnten wir erst auf dem Wege einer langen kulturellen wirtschaftlichen und diplomatischen Arbeit erreichen.“

In einem Artikel über die polnisch-litauischen Beziehungen betont das litauische Blatt „Maros Westnesis“, daß die Litauer vom historischen Standpunkte aus kein Recht haben, wenn sie Wilna als die Hauptstadt Litauens ansehen. Kowno sei, so schreibt das Blatt, eine bedeutend ältere litauische Stadt und der Sitz des Großfürsten Witold wäre stets Troki gewesen. Die Zahl der Litauer in Wilna sei heute verschwindend gering.

Litauische antipolnische Propaganda.

Berlin, 24. Juli. Auf der internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden haben sich die Litauer, wie der hiesige Korrespondent des „Ilustrowany Kurjer Codzienny“ mitteilt, in ihrem Pavillon eine antipolnische Propaganda geleistet, indem sie Aufschriften anhängen ließen, die mit dem Hygieneproblem nichts gemein haben. In einer dieser Aufschriften heißt es, daß die Hauptstadt des litauischen Staates Wilna sei, das von den polnischen Truppen durch Gift besetzt worden wäre. Infolge dieser Aufschriften kam es dieser Tage auf der Dresdener Ausstellung zu Zusammenstößen. Die

dort anwesenden Polen protestierten kategorisch gegen den Mißbrauch des Gebiets einer internationalen Ausstellung zu einer antipolnischen politischen Propaganda. Als Antwort auf die litauischen Anklagen brachten die Polen auf dem litauischen Stande folgende Aufschrift an: „Wilna war und ist polnisch und wird polnisch bleiben.“ Der „Ilustrowany Kurjer Codzienny“ fordert, daß sich das polnische Konsulat in Leipzig dieser Sache annehmen solle.

Mussolinis Einfluß auf dem Balkan.

Der Faschismus ist ein rein italienisches Erzeugnis. Die Diktatur nur ein zeitweiliges Behelzmittel.

Von Alexander Vaida Voevod,
rumänischem Minister des Innern.

Ein Mann, der weit über die Mehrzahl seiner Zeitgenossen hinausragt, wie dies bei Benito Mussolini der Fall ist, übt notwendigerweise einen gewaltigen Einfluß auf die Welt aus. Selbst Rassen und Völker, die nicht in persönlicher Berührung mit seiner Persönlichkeit und seinem Werke getreten sind, stehen in gewissem Maße unter dem Eindruck seiner magnetischen Kraft und seines überragenden Genies. Insofern darf man demnach sagen, daß der Faschismus auf der Bühne Gesamt-Europas eine beherrschende Rolle spielt. Der schnelle Aufstieg Mussolinis zu Ruhm und Glanz muß auch auf den stumpfsinnigen Geist eine Wirkung ausüben, und niemand kann all das Gute leugnen, das er dank seiner bei allen Gelegenheiten an den Tag gelegten ungewöhnlichen Tatkraft, seinem großen Organisationsstalent und seiner seltenen intuitiven Kenntnis des italienischen Charakters seinem Lande erwiesen hat.

In der Theorie hat indessen der Faschismus meiner Ansicht nach keinen so dauernden oder tiefen Einfluß in unsern Ländern ausgeübt, einfach, weil er rein italienischer Herkunft ist und auch nur für sein Ursprungsland paßt.

Seit dem Mittelalter haben die Italiener stets faschistische Bestimmung an den Tag gelegt, d. h. eine unruhige Vorliebe für allerlei Neues, wodurch sie so häufig Gegner der tödlichen Eintönigkeit der „vollendeten Tatsache“ oder bestimmter Theorien wurden. Da war einmal die Renaissance, das zuversichtliche Ringen weniger Auserwählter um eine vollendetere Ausdrucksform, jene Rückkehr zum Klassizismus, den man der nach dem Dunkel des Mittelalters westwärts vorgedrungenen Gotik glaubte vorziehen zu sollen; dann gab es ein ungeordnetes Streben nach Unabhängigkeit, das die mittelalterlichen italienischen Städte veranlaßte, sich gegen jede Art von Unselbstständigkeit zu wehren. Häufig führte dies zur Unterwerfung des Landes unter fremdes Joch, da jedes Fürstentum auf die Austragung seiner eigenen Händel zu erpicht war, als daß es an der Bekämpfung des gemeinsamen Feindes hätte teilnehmen können; schließlich gehören hierher auch die italienischen Patrioten im Laufe des letzten Jahrhunderts, unternehmen kranke Versuche, sich von der österreichischen Herrschaft zu befreien. Die völlig neue Regierungsform, die Mussolini seinen Landsleuten auferlegt hat, ist im Grunde ebenso ausgesprochen italienisch, wie es früher die Bemühungen Cavour's, Mazzinis und Garibaldis waren, das Nationalgefühl zu entfachen und es anstelle des aufschäumenden Lokalpatriotismus zu setzen, der so lange Italiens Aufschwung zur Nation verzögert hatte. Und wenn der Duce der erste war, der den italienischen Gefühlen die Form einer Gemeinsamkeit der Feile gab, so liegt der Grund wohl darin, daß er mehr als irgend ein Italiener seiner Zeit die lebendige Verkörperung und der lebendige Ausdruck der Seele Gesamt-Italiens war.

Zweifellos haben viele Länder gleich Italien infolge des zersetzenden Einflusses des Krieges zeitweise ihre Seele verloren, aber da die gleichen Ursachen nicht die gleichen Wirkungen zeitigen, so waren die in den einzelnen Fällen angewandten Mittel, sie wieder zu gewinnen, außerordentlich verschieden.

Unterschiede ich nun die einzelnen nationalen Bewegungen, die einen faschistischen Charakter zeigen, einer näheren Prüfung, so muß ich gestehen, daß ich wenig finde, was dem Faschismus ähnelt. In Ungarn war es weit mehr die Stärke der Reaktion, die zum Horthy-Regime führte, als ein sonstiger Faktor, und die von den Truppen des Reichsverwesers erzielten Erfolge bei der Errichtung seiner Herrschaft waren nicht so sehr der Ausdruck einer Rückkehr zur Vernunft, als der des Machtanspruches einer starken aristokratischen Partei. Im übrigen wurde die faschistische Bewegung von wenigen ernst genommen, abgesehen von ein paar extremen Nationalisten, die vor einigen Jahren den Faschismus in der Tschechoslowakei einzuführen suchten, und der Staatsstreich vom 6. Januar 1929, der in Südslawien die Diktatur anstelle der bis dahin herrschenden parlamentarischen Regierungsform setzte, entsprang ausschließlich dem Wunsch König Alexanders, eine Krise zu beenden, welche die Einheit des Staates zu zerstören drohte.

Die übrigen diktatorähnlichen Regierungsformen, die seit dem Kriege in bisher demokratischen Ländern eingeführt wurden, wichen in ihren Zielen und Methoden sehr weit von dem faschistischen Amtszug ab, den manche für ihren Vorläufer halten.

In Rumänien hatte die unblutige Revolution keinen faschistischen Charakter. Sie bezweckte nur die Beendigung einer Mißwirtschaft, die das Land auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet an den Rand des Abgrundes führte.

Wir haben die politische Atmosphäre von Elementen gereinigt, die unseren nationalen Bestand bedrohten, und das Land auf eine gesunde und verfassungsmäßige Grundlage gestellt.

Ich bin daher der Ansicht, daß alle diese neuen, aus dem Kriege als Versuche hervorgegangenen Regierungsformen, einschließlich der verfallenen Diktaturen von Horty oder Pilsudski, der südslawischen Ein-Mann-Regierung und der verschiedenen Autokratien, die wir in der Türkei, Albanien und Portugal finden, nur zeitweilige Hilfsmittel zur Befreiung einer Notlage waren. Sollen sie von längerem Bestand sein, so werden die meisten von ihnen allmählich ihre Methoden ändern oder sich den neuen wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnissen ihrer Länder anpassen müssen. Ohne mich irgend wie als Prophet aufspielen zu wollen, glaube ich, daß die einzige Hoffnung auf eine Dauer ihrer Herrschaft darin liegt, daß die Machthaber diese Notwendigkeit erkennen und so den sonst unausbleiblichen Zusammenbruch vermeiden.

Was den Faschismus in seiner Heimat angeht, so liegt die Sache mit ihm anders, denn er ist kein Experiment, sondern die Auserkung der italienischen Seele. Daher mag er wohl von Bestand sein, nachdem Mussolini ihn jetzt in feste Form gegossen hat. Aus diesem Grunde betrachte ich jeden Versuch, ihn in anderen Ländern einzuführen, als eine Parodie oder eine Nachahmung. Ein Mussolini wird nicht alle Tage geboren.

Rumänien sagt zu.

Bukarest, 24. Juli. (PAZ) Der Ministerrat beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung u. a. auch mit dem Konferenzprogramm der landwirtschaftlichen Sachverständigen Rumäniens, Jugoslawiens und Ungarns und erklärte sich mit der Teilnahme Rumäniens an der Konferenz der Landwirtschaftsminister der Staaten Mittel- und Osteuropas, die von Polen in Vorschlag gebracht worden war, einverstanden.

Gleichzeitig gab man dem Wunsche Ausdruck, daß der Termin dieser Konferenz auf Ende August verschoben wird.

Die neue Rechte vor den Reichstagswahlen.

Berlin, 25. Juli. (Eigene Meldung.) Die Verständigung der verschiedenen Gruppierungen der gemäßigten Rechten, die allmählich aus den Abspaltungen der Deutschnationalen Volkspartei entstanden sind, ist überraschend schnell gelungen. Die „neue Rechte“ wird in drei Gruppen in den Wahlkampf eintreten. Es handelt sich dabei um folgende Parteien:

1. die **Konservative Volkspartei** (Treviranus, Lambach, von Lettow-Vorbeck, Graf Westarp),
2. die **Christlich-nationale Bauern- und Landvolkspartei** (Schiele, Hepp, Berke),
3. der **Christlich-nationale Volksdienst** (Mumm, Behrends, Hartwig, von Reubell).

Die konservative Volkspartei ist zusammen mit dem Christlich-nationalen Volksdienst als **städtische Gruppe** des neuen konservativen Kartells gedacht, wobei man natürlich auch damit rechnet, daß viele Landwirte, die ihre konservativen oder christlichen Anschauungen bei der Wahl zunächst bedenken, sich für eine dieser Listen entscheiden werden. Die Landbevölkerung dürfte jedoch in ihrer Mehrheit, soweit sie nicht den Deutschnationalen treu geblieben ist oder anderen Parteien angehört, der „Christlich-nationalen Bauern- und Landvolk-Partei“ ihre Stimme geben, die vom Landbund geführt wird und zehn Abgeordnete der Westarp-Gruppe übernommen hat. Es ist dabei zu bemerken, daß der Landbund in seiner Wahlerklärung ausdrücklich erklärt hat, daß die eigenen Landvolklisten, die in der „Christlich-nationalen Bauern- und Landvolk-Partei“ zum Ausdruck kommen, zwar generell in Erscheinung treten sollen, daß man aber in gewissen Fällen Ausnahmen gestatten könne. Vor allem dürfte in Pommern und in Ostpreußen versucht werden, den Kampf der „neuen Rechten“ mit der Deutschnationalen Volkspartei dadurch nicht in die Organisation des Landbundes selbst hineinzutragen, daß man die Stimmen der Landbundmitglieder für alle Rechtsparteien freigibt.

Die konservative Volkspartei und der Christlich-nationale Volksdienst unterscheiden sich vor allem dadurch, daß die Christlich-nationalen vornehmlich zur Sammlung der christlichen Arbeiterstimmen berufen sind. Soweit der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband hinter seinem Führer Lambach steht, wird diese Gruppe der Arbeitnehmer jedoch für die konservative Volkspartei stimmen. Auf der anderen Seite ist vor allem durch die Kandidatur des früheren Reichsinnenministers von Reubell zu erkennen, daß auch der Christlich-nationale Volksdienst auf Zulauf aus solchen Kreisen rechnet, die nicht zur Arbeitnehmerschaft gehören, aber mit besonderer Betonung ein christlich-soziales Bekenntnis ablegen wollen, das übrigens auch in den Programmen der beiden anderen Gruppen zum Ausdruck kommt.

Man erzieht daraus, daß die Grenzen zwischen den drei Gruppierungen durchaus verschwommen sind, selbst wenn sie die Besonderheit ihrer Ziele in ihrer besonderen Firmierung erkennen lassen. Deshalb ist es leicht und heute schon nicht mehr zweifelhaft, daß die drei Gruppen, die im neuen Reichstag nach eigener Schätzung mit 50 Mandaten rechnen, ein enges Wahlbündnis miteinander eingehen. Da es keine Listenverbindung der Kreiswahlschlüsse gibt, werden die drei Gruppen nur dort neben einander auftreten, wo dies für einen gemeinsamen Erfolg gehoben erscheint. Dagegen gibt es schon bei der Zusammenfassung der Bezirkswahlvorschläge Listenverbindungen, die man ausnützen will. Ebenso sind Verhandlungen darüber im Gange, für alle drei Gruppen eine gemeinsame Reichsliste aufzustellen. Durch diese Taktik geht keine Stimme verloren, selbst wenn die Front in drei Abteilungen kämpft.

Gründung der Konservativen Volkspartei.

Uns wird aus Berlin geschrieben:

Die ausgetretenen deutschnationalen Abgeordneten unter Führung des Grafen Westarp haben sich der Volkskonservativen Vereinigung angeschlossen zur Sammlung aller konservativ eingestellten Kräfte. Die neue Organisation heißt **Konservative Volkspartei**. Die Leitung hat ein Ausschuß übernommen, der aus den Herren Minister Treviranus, Max Habermann,

v. Rameke, Lettow-Vorbeck, Lindeiner-Wildau und Dr. Rademacher besteht. Daneben besteht ein Beirat, bestehend aus den Herren Graf Westarp, Dr. Dähnhardt, Dr. v. Organder, Frk. Gierke, Hartmann, Dr. Höhsch, Lambach, Rejeune-Jung, Milow, Roemele, Graf Schulenburg, Frau Tischbein, Dr. Uhlmann. Geschäftsführende Mitglieder des Beirates sind Dr. v. Organder und Lambach. Die Geschäftsstelle der neuen Partei befindet sich in Berlin, Dorotheenstraße 34.

In dem

Gründungsaufruf

der neuen konservativen Volkspartei heißt es u. a.: Die Deutschnationale Volkspartei hat den wirksamen Einfluß konservativer Kräfte verhindert und droht, die Herrschaft der Linken zu einer dauernden zu machen. Wir lassen deutsche Volkskraft nicht verkümmern und damit die Voraussetzung innerer und äußerer Befreiung. Im Bewußtsein der Gefährdung von Staat und Wirtschaft sind wir entschlossen, in staatspolitischer Gemeinschaft und Aufgabenteilung mit wesensverwandten Parteien und Gruppen in Stadt und Land zusammenzuwirken. Wir sind überzeugt, daß sich Parteien nicht nur zu bekämpfen, sondern im Blick auf das Ganze zu ergänzen haben. Die Lösung der großen uns gestellten Aufgaben setzt innere Erneuerung voraus. Aus den lebendigen Quellen des Christentums wollen wir sie in friedlichem Wettbewerb der Bekenntnisse gewinnen.

Soziale Klassen- und Gruppenunterschiede von oben und unten wollen wir überwinden. Das notwendige Streben des Einzelnen nach wirtschaftlichem Erfolg darf Nation und Staat nicht schwächen. Selbstverwaltung durch die Nachbarn soll den Staat von täglicher Einmischung in Rechte und Pflichten des Staatsbürgers fernhalten. So wollen wir die Autorität des Staates und der Staatsdiener wieder herstellen.

Unser Staat soll wieder ein mehrheitlicher Staat werden. Hierzu müssen in der Staatsführung konservative Kräfte zur Geltung kommen, daß der Staat tätig wird, im Kampfe um die deutsche Freiheit in der ganzen Welt den gesammelten Freiheitswillen einer geeinten Nation einzusetzen. Deshalb rufen wir auf zur Gründung der konservativen Volkspartei.

Erklärung des Stahlhelms.

Der Bundesvorstand des Stahlhelms ist heute hier zusammengetreten, um zu den bevorstehenden Reichstagswahlen Stellung zu nehmen. Als Ergebnis der Beratungen gibt der Stahlhelm eine Rundgebung bekannt, in der es heißt: „Mehr und mehr zeigt sich, daß im heutigen Deutschland eine parlamentarische Regierung nicht möglich ist. Der Stahlhelm hält sich bereit für den herannahenden Zeitpunkt, in dem die regierenden Männer nicht mehr durch die Parteizugehörigkeit bestimmt, sondern lediglich nach dem Grade ihres nationalen Willens und ihres Könnens erkoren werden. Der Stahlhelm beteiligt sich daher als Bund nicht an der kommenden Wahl, in die die Parteien der Rechten in noch größerer Zerrissenheit eintreten als bisher. Der Bund erwartet von keiner der bestehenden Parteien die Rettung des deutschen Volkes. Er macht es aber trotzdem sämtlichen Kameraden zur Pflicht, ihr Wahlrecht auszuüben, lediglich, um auf alle Fälle ein weiteres Anwachsen der roten Flut zu verhindern. Die Stahlhelmkameraden wählen nur diejenigen Parteien, die mit uns Volksbegehren und Volksentscheid durchgeführt haben, die entschlossen sind, den Kampf gegen die marxistische Herrschaft in Preußen mit allen Kräften fortzusetzen und die durch ihr Verhalten zum Stahlhelm eine solche Unterstützung möglich machen.“

Weiter wird eine „Stellungnahme zur Lage“ veröffentlicht, in der auf das Verbot des Stahlhelms im Rheinland eingegangen wird. Es heißt darin u. a.: „Das Verbot wurde von der Preussischen Regierung auf ein Gesetz gestützt, das vom Feinde auf Grund des Versailler Diktates erzwungen war. Wir erkennen nicht an, gegen dieses Gesetz verstoßen zu haben. Der politische Kampf gegen das herrschende System wird entschlossen weitergeführt. Der Bundesvorstand stellt fest, daß die Erklärung der Bundesführer vom 15. Juli 1930 gegenüber der Preussischen Regierung keine neuen Bindungen enthalte. Jeder Versuch, einzelne unserer im Kriege und Revolution, Befreiung oder Verbot bewährten Führer auszuschalten, wird abgelehnt.“

Weiter hat der Bundesvorstand beschlossen, den 11. Reichsfrontsoldatentag am 4. und 5. Oktober 1930 am Rhein, und zwar im Raume von Koblenz bis Bingen stattfinden zu lassen.

Der Reichswahlkommissar.

Berlin, 23. Juli. (PAZ.) Der Reichsinnenminister hat wiederum zum Reichswahlkommissar den Präsidenten des Statistischen Amtes, Geheimen Regierungsrat Professor Dr. Wagemann, und zu seinem Stellvertreter den Direktor des Statistischen Reichsamtes, Geheimen Regierungsrat Meisinger, ernannt.

Waffenverbot in Deutschland.

Berlin, 25. Juli. (PAZ.) Der Reichsinnenminister hat dem Reichskabinett das Projekt einer auf Grund des Art. 48 der Verfassung zu erlassenden Verordnung des Reichspräsidenten zur Bestätigung vorgelegt, durch die im ganzen Reichsgebiet das Tragen von Schuß- oder Stokwaffen verboten wird. Nach der Unterzeichnung der Verordnung durch den Reichspräsidenten wird sie zur öffentlichen Kenntnis gebracht werden. Dies wird die erste Verordnung sein, die nach der Auflösung des Reichstages erlassen wurde. Es handelt sich um eine außerordentliche Maßnahme für die Zeit der Neuwahlen zum Reichstage. Dadurch ist das Tragen von Waffen unter Androhung von schweren Strafen vollkommen untersagt.

Die „Germania“, das Organ des Reichskanzlers, betont in einem Kommentar zu dieser Verordnung, daß diese unbedingt notwendig sei, wenn man die zahlreichen blutigen Kämpfe in Betracht zieht, die in der letzten Zeit zwischen feindlichen Brüdern stattgefunden haben. Im Wahlkampf, der zweifellos sehr schwer sein werde, müsse allem vorgebeugt werden, was zu irgend welchen Gewalttaten führen könnte. Im Interesse der öffentlichen Sicherheit und des ruhigen Verlaufs der Wahlen müsse, so schließt das Blatt, die Verordnung der Reichsregierung mit Befriedigung begrüßt werden.

Hoffentlich behalten aber die Jäger noch ihre Flinten!

20 Prozesse gegen deutsche Reichstagsabgeordnete

Berlin, 25. Juli. (PAZ) Im Zusammenhange mit der Auflösung des Reichstages haben die Abgeordneten ihre Immunität verloren. Im Zusammenhange damit hat in ganz Deutschland eine ganze Reihe von Gerichtsverhandlungen gegen ehemalige Reichstagsabgeordnete begonnen; die Gesamtzahl der Prozesse wird auf 250 geschätzt. Auf Berlin allein entfallen 60 bis 70 Prozent von Prozessen. In den meisten Fällen handelt es sich um Hochverrat, Aufreizung zu Gewalttätigkeiten usw. Angeklagt sind vor allem Kommunisten, dann aber auch Nationalsozialisten wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, Beleidigung von Ministern, sowie von höheren Beamten.

Die Wahlen in Deutschland — und Pommern.

Während sich die gesamte polnische Presse in ihren Berichten über die Reichstagsauflösung in Deutschland und die Prognosen für die Neuwahlen fast ausschließlich auf die Wiedergabe von Meldungen der reichsdeutschen Presse beschränkt, schlägt die „Gazeta Warszawska“, das führende Organ der Nationaldemokratie, über den Ausgang der Wahlen Alarm. Sie schreibt u. a.:

„Für Polen bedeuten die Reichstagswahlen eine Stärkung der revisionistischen Politik und neue Gelüste auf unsere Westgrenze. Bald werden wir eine Reihe von neuen Versuchen einer Revision der Traktate und eine noch entschiedenere Korridorpropaganda erleben. In Betracht dessen müssen sowohl die Regierung als auch die Volksgemeinschaft über wirksamere Schutzmittel nachdenken. Es ist die höchste Zeit, daß wir ein polnisches Westprogramm aufstellen und es durchführen, das auf politischem, militärischem und wirtschaftlichem Gebiet unsere Westgrenze stärken und unserem Pommern die Ruhe sicherstellen würde. Das große Spiel, das Deutschland begonnen hat und das es in Zukunft mit noch größerem Kraftaufwand und noch größeren Mitteln zu spielen beabsichtigt, müßte uns allseitig vorbereitet und entschlossen vorfinden, es um jeden Preis zu gewinnen.“

Das Westprogramm Polens, dessen Durchführung das Organ der nationalen Partei fordert, würde, so bemerkt der „Kurjer Warszawski“, gewissermaßen in der Luft hängen bleiben, solange nicht zuvor der innere Kampf im Lande liquidiert und das Programm einer breiten Koalition aller patriotischen Elemente im Staate verwirklicht wird.

Waldemar verhaftet.

Kowno, 25. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern in den Abendstunden fuhr vor der Wohnung des früheren Ministerpräsidenten Waldemar ein mit zwei bewaffneten Polizeibeamten besetztes Auto vor. Die Beamten führten die Verhaftung Waldemar durch. Zur größeren Sicherheit durchstreiften die Stadt mehrere Polizeipatrouillen.

Republik Polen.

Neue Zivilprozessordnung in Polen.

Warschau, 24. Juli. Dem Justizministerium wurde von der eigens hierzu ins Leben gerufenen juristischen Kommission ein Gesetzentwurf vorgelegt, durch den eine einheitliche Zivilprozessordnung in ganz Polen eingeführt werden soll. Der neue Entwurf, der sich durch Klarheit auszeichnen soll, enthält über 1000 Artikel. Wie in maßgebenden Kreisen verlautet, soll der neue Entwurf auf dem Wege einer Verordnung in Kraft gesetzt werden, um die zeitraubende Erledigung durch das Parlament zu vermeiden.

Der Krakauer Prozeß findet nicht statt.

Warschau, 24. Juli. Die Regierung soll den endgültigen Beschluß gefaßt haben, auf den geplanten Prozeß gegen die Teilnehmer an dem Krakauer Kongreß und dessen Organisatoren zu verzichten. Die Untersuchung wird allerdings noch weitergeführt, doch hierbei sollen einzig und allein gewisse Einzelheiten über den Verlauf des Kongresses festgestellt werden.

Wieder ein polnisch-litauischer Grenzzwischenfall.

Wilna, 24. Juli. (PAZ) Pressenmeldungen zufolge überschritt auf dem Grenzabschnitt Krasnowo im Bezirk Lozdzieje die Grenze eine bewaffnete litauische Bande, die in den Wäldern in der Nähe des Dorfes Bortele grassierte. Eine alarmierte Patrouille des polnischen Grenzschutzkorps nahm unverzüglich die Verfolgung auf und es gelang, die Bande zu umzingeln. Bei dem Kampfe mit der Patrouille wurde ein Bandit, ein gewisser Michowitsch aus Dita, getötet, die übrigen Mitglieder der Bande sind entkommen.

Konferenzen bei Stawek.

Warschau, 25. Juli. (PAZ) Ministerpräsident Walery Slawek empfing gestern den Unterstaatssekretär im Außenministerium Wjsocki, sodann den polnischen Botschafter in Washington, Filipowicz. Im Laufe des Tages stattete dem Ministerpräsidenten auch der gestern in Warschau eingetroffene belgische Verkehrsminister, Lippens, in Begleitung des belgischen Gesandten in Warschau, de l'Essaille, sowie des polnischen Gesandten in Brüssel, Zackowski, einen Besuch ab.

Neuer Handelsvertreter der Sowjets in Polen.

Moskau, 25. Juli. (PAZ) Der Rat der Volkskommissare der Sowjet-Union hat den früheren Lehrer und dann Mitglied des Präsidiums des Obersten Rats der Nationalwirtschaft, Klimochin, zum Handelsvertreter der Sowjet-Union in Polen ernannt.

Neue Konferenz über den Fall Neuhöfen.

Warschau, 24. Juli. Der stellvertretende Chef der Westabteilung im Außenministerium Lechnicki begibt sich noch in dieser Woche abermals nach Berlin, um die Konferenz mit dem Vertreter des Auswärtigen Amtes, Ministerialrat von Noebel, über die Liquidierung des Grenzzwischenfalls bei Neuhöfen fortzusetzen.

Pommerellen.

Das neue Emigrationslager für Gdingen.

Etwa 7 Kilometer nördlich von Gdingen durchschneidet ein tiefes Erosionstal die hohe Kräfte der Osthöcker Ränge...

Heute ist das Tal belebt. Menschenstimmen, Peitschenhiebe, das Knarren der Lastwagen erfüllen mit Getöse die Luft...

25. Juli.

Grudenz (Grudziadz).

Beschäftigung der Arbeitslosen.

Das städtische Bauamt hat in diesen Tagen auf dem Schloßberge eine Einrichtung geschaffen, die dem Wohle der Kinderwelt dienen soll.

Das städtische Bauamt hat in diesen Tagen auf dem Schloßberge eine Einrichtung geschaffen, die dem Wohle der Kinderwelt dienen soll.

Schließlich ist in dieser Aufzählung die Wirksamkeit zu erwähnen, die jetzt in der dem Bahnhof zunächst gelegenen Verbindungsstraße von Bahnhofstraße (Dworowa) und Tuschker Damm (Tuszewka Grobla) erfolgt.

× Zahlungsstockung bei einer Genossenschaftskasse? Das „Stowo Pomorskie“ (dem wir die Verantwortung für die Nachricht überlassen müssen) teilt mit, daß die hiesige, am Getreidemarkt (Plac 23 Stoczna) befindliche Parzellierungs- und Ansiedlungs-Genossenschaftskasse mit beschr. Haftpflicht...

× Schwere Unglücksfälle. Mittwoch vormittag war der bei dem hiesigen Klempnermeister Jan Brzozowski beschäftigte Lehrling Edward Janiak, Lindenstraße (Lipowa) 53 wohnhaft, auf einem Dache der Baulichkeiten des staatlichen Tabakmonopols in Tusch (Tuszewo) bei der Anlegung einer Rinne tätig.

× Vermehrung des Transportmaterials der Freiwilligen Feuerwehr. Die Stadtverwaltung hat in dem anerkanntenswerten Beirechen die Anschaffung unserer Feuerwehr möglichst den zeitgemäßen Anforderungen gemäß zu gestalten...

Ist die Anschaffung noch eines Lastautos für die Wehr vorgesehen, das zum Transport einer neuen mechanischen Leiter, die auf das Auto montiert wird, dienen soll.

× Diese Zwangsversteigerungen! Ein besonders laut sprechendes Symptom für die wirtschaftliche Notzeit sind die schrecklich vielen Zwangsliquidationen wegen rückständiger Steuer.

× Dem letzten Polizeibericht zufolge wurden vier Personen, darunter zwei Diebe und ein Betrunkener, festgenommen.

Thorn (Toruń).

Wertvolle Denkmäler in der evangelischen Kirche in Gramsch.

Im Zusammenhange mit der Vorbereitung und Vollständigung der Inventarisierung der Denkmäler schritt der Wojewodschafskonservator Gharzynski zu einer Besichtigung der evangelischen Kirchen...

Im Innern der Kirche stößt man auf ein Taufbecken aus Granit, ein schönes Exemplar aus dem Anfang des 16. Jahrhunderts.

Außerhalb der Kirche befinden sich an den Mauern selbst eine Reihe von künstlerischen Grabsteinplatten im Rokoko-, klassischen und Empirestil.

× Verlegung des Copernicus-Denkmales? Bei dem ständigen Wachstum der Stadt und der damit verbundenen Zunahme des Verkehrs ergibt sich immer mehr und mehr die Notwendigkeit, gewisse Veränderungen im Stadtplan eintreten zu lassen...

× Ein Zusammenstoß zwischen einem Lastauto und einem Straßenbahnwagen ereignete sich Donnerstag nachmittag in dem „Engpaß“ der Breitestraße (ul. Szeroka).

× Selbstmord durch Erschießen verübte Donnerstag früh gegen 6¼ Uhr der in der Mlekenstraße (ul. Mickiewicza) 74 wohnhafte Unteroffizier Józef Drlikowski vom hiesigen 4. Flieger-Regiment.

× Laut letztem Polizeibericht wurden am Mittwoch fünf kleine Diebstahle und ein Betrug verübt.

— Aus dem Landkreise Thorn (Toruń), 24. Juli. Durch Feuer vernichtet wurde die Scheune des Ansiedlers Stoppel in Męciszewo.

a. Schwef (Swiecie), 24. Juli. Ein schwerer Unglücksfall hat sich am 22. d. M. in Rossowo hiesigen Kreises bei der Besitzerin Sonnenberg zugezogen.

× Aus dem Kreise Schwef (Swiecie), 24. Juli. Zu einem heftigen Streit wegen eines Mädchens kam es dieser Tage abends in Gruczno zwischen zwei Landwirtschönen...

Erneuern Sie

Ihre Post-Bestellung auf die Deutsche Rundschau für August-September oder für den Monat August

möglichst sogleich bei Ihrem Postamt, damit die regelmäßige Zustellung nicht unterbrochen wird.

* Gdingen (Gdynia), 25. Juli. Selbstmord verübte am Dienstag der 33jährige Beamte der Hafenbeurteilung Jerzy Kaczorowski...

* Konik (Chojnice), 25. Juli. Aufgeklärt wurde die Bluttat in Boromy Włyn hiesigen Kreises gegen den Deputierten Jan Rynagowski...

m Dirchan (Dziew), 24. Juli. Vom Auto überfahren wurde gestern nachmittag in der Bahnhofstraße der 9jährige Anton Kozowski...

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* Warschau (Warszawa), 24. Juli. Festnahme eines falschen Arztes. Die Untersuchungs-polizei verhaftete in den letzten Tagen einen gemeinen Betrüger und gewesenen Studenten der Medizin...

Thorn.

Möbel!

100 Zimmer-Einrichtungen fertig zur Auswahl am Lager in allen Preislagen empfohlen

Gebrüder Tews

Möbel-Fabrik Toruń Mostowa 30

Telefon 84

Gämtliche Schreibwaren

für Büro und Kontor halte ich in nur guten, langjährig bewährten Qualitäten am Lager.

Justus Wallis, Toruń

gegr. 1853. Schreibwarenhaus gegr. 1853.

Milch-Transport-Kannen

von 10-25 Litern aus einem Stück gossantz offerieren

Falarski & Radaike Toruń

Szeroka 44 Stary Rynek 36 Telefon Nr. 561.

Apritosen

Bananen, Apfelsinen, Pfäumen, Tomaten, Kirschen empfiehlt E. Szymański, Toruń, Szeroka 42, Tel. 27. 8175

Grudenz.

Trodene Räder

in all. Stärk., beschlag. u. unbeschlagen, liefert billig ab Lager 8103 L. Stasiowski, Groblowa 19.

Richl. Radreifen.

Sonntag, d. 27. Juli 1930. (6. S. n. Trinitatis).

Stadtmission Grudenz.

Ogrodowa Str. 9. Vorm. 9 Uhr Morgenandacht, nachmitt. 4 Uhr Jugendbund-Jahresfest, 8 Uhr Evangelisation in Kreuz. Montag, abds. 7/8 Uhr Psalmen- und Gitarrenstunde, Donnerstag, abds. 7/8 Uhr Bibelst. Freitag, 7/8 Uhr Gesangsstunde, Dienstag, abds 7/8 Blontragsstunde.

Korridorgespräche.

Zunächst Klärung der Lage in Deutschland.

Paris, 23. Juli. Im „Matin“ erschien ein neuer Artikel des bekannten Publizisten und Vertrauten Briands, Jules Sauerwein, der diesmal seine früheren Ausführungen, die den Eindruck hervorgerufen hatten, als ob er mit der Abtretung des Weichselkorridors an Deutschland als Äquivalent für den Beitritt Deutschlands zu Paneuropa einverstanden wäre, widerrufen. In dem neuen Artikel stellt Sauerwein u. a. fest, aus den Antworten, die Briand auf sein Memorandum erhalten habe, gehe hervor, daß sich die europäischen Staaten in Anhängen von Grenzrevisionen und in Anhängen der Beibehaltung des Status quo geteilt hätten. Im Zusammenhange damit erklärt Sauerwein, daß die Frage von Grenzrevisionen dem Völkerbunde reserviert werden müßte, von dem sich mit einem solchen Enthusiasmus sämtliche Noten ausgesprochen hätten, die sich gegen die Beschränkung seiner Kompetenz zugunsten von Paneuropa verwahrten. In Artikel 19 des Völkerbunds-Statuts sei das Verfahren für eine Änderung von Traktaten für den Völkerbund festgelegt worden und es wäre nach Ansicht Sauerweins unbillig, der Genfer Institution dieses Privileg zu rauben.

Sodann weist Sauerwein darauf hin, daß sämtliche europäischen Staaten über die Wirtschaftskrisis klagen. Wenn also die paneuropäische Bewegung eine Milderung dieser Krisis herbeiführen soll, so wäre es absurd, zu beweisen, daß die erste Bedingung der Milderung der Wirtschaftskrisis eine Änderung von territorialen Bedingungen sei. Die geringste Änderung der Landkarte Europas würde nach Ansicht Sauerweins ungeheure Schwierigkeiten hervorrufen und nicht schnell vonstatten gehen. Es wäre vollkommen unlogisch, zur Vergrößerung des Wohlstandes in Europa mit der Vergewaltigung des Friedens zu drohen. Sauerwein stellt weiter fest, seine Artikel hätten den Nachweis zu erbringen versucht, daß Europa sich den Luxus von territorialen Änderungen nicht leisten könne, daß man vielmehr in einem vereinigten Europa, ohne irgendeine politische Grenze zu ändern, Unbequemlichkeiten werde wiedergutmachen können, die sich aus einigen Grenzen ergeben.

Von allen diesen Dingen werde man, so sagt Sauerwein, erst dann sprechen können, wenn sich die Situation in Deutschland geklärt haben werde. Sollte bei den Wahlen in Deutschland der radikale Flügel siegen, so werde man gegenüber Deutschland die weitgehendste Vorsicht üben müssen. Da die Wahlen im Reich am 14. September stattfinden, die Völkerbundssession aber am 10. September beginnt, so werde man bis zum 15. September in der Paneuropafrage lediglich technische Vorbereitungen treffen und politische Beschlüsse erst nach diesem Termin fassen können.

Die nationaldemokratische „Gazeta Warszawska“ bezeichnet die früheren Artikel von Sauerwein als einen Versuchsballon, der mit Wissen des Duat d'Orjan an die Adresse der Polnischen Regierung und an die polnische öffentliche Meinung gerichtet worden sei. Wenn in Genf über Paneuropa beraten werde, so müsse Polen einen klaren und festen Standpunkt einnehmen, und zwar in einer Form, daß man sich überall darüber klar werde, wie sich Polen zu einer Revision der Verträge stelle. Der polnische Minister, der in diesem Augenblick ohne Rücksicht auf die Etikette und um Genfer Sitten nicht mit der Faust auf den Tisch schlägt, würde Polen verraten.

Stimmen aus dem Grabe.

Von A. von Derken.

Marshall Foch, der Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte, ist 1929 gestorben; wenige Monate darauf folgte ihm sein ehemaliger Vorgesetzter, der Ministerpräsident und Kriegsminister Clemenceau ins Grab. Foch wurde mit großem Pomp im Napoleoncaum bestattet; seinem Sarge folgten noch einmal die Vertreter aller der gegen Deutschland verbündeten Mächte. Clemenceau wurde nach seiner Anordnung ohne die Beteiligung staatlicher oder sonstiger Würdenträger in der Vendée beigesetzt; in dem Grabe, das er schon lange vor seinem Tode ausgewählt hatte. Er selbst hatte seinem vertrauten Freunde Martel, als er ihm den Begräbnisplatz zeigte, gesagt: „Das ist der Schluß, das Fazit von allem, was sie über mich schreiben werden: ein Foch, und viel Lärm um nichts.“ Der Lärm, der um Clemenceau seit seines Lebens war, hat auch mit seinem Tode nicht aufgehört. Seine Stimme tönt in aller Schärfe aus seinem Grabe in der Vendée. Er wollte zwar, nachdem ihn die Franzosen nach seinem Rücktritt undankbar riefen und vollkommen vergessen hatten, schweigen und sich in die schmerzlichen Händel einer nach seiner Ansicht entarteten Politik nicht mehr einmischen. Aber der neben Napoleon ruhende Marschall forderte ihn zum Kampf heraus. Die beiden Männer, in denen die Franzosen die Überwinder Deutschlands sehen, führen einen grauenhaften Gespenstertanz auf. Beide beschuldigen ihren Widersacher, daß er den Sieg, ihren Sieg verdorben habe. Sie werfen sich gegenseitig vor, Deutschland nicht genügend zerstört zu haben, es nicht noch mehr geknebelt und beraubt zu haben.

Foch hat schon zu seinen Lebzeiten offen ausgesprochen, daß der Friedensvertrag unvollkommen sei und daß Frankreich durch ihn um den Siegespreis, das Rheinland, geprellt und damit seiner Sicherheit beraubt sei. Alle Schuld häuft er auf Clemenceau. Bei diesen seinen Angriffen auf Clemenceau fühlt er sich durch Poincaré gedeckt. Wenn jetzt Clemenceau dem Marschall antwortet, so macht es ihm besondere Freude, gleichzeitig seinen verhassten Feind Poincaré mit seinen giftigen Worten zu treffen. Poincaré und Foch haben vergeblich versucht, bei den Friedensverhandlungen die Loslösung des Rheinlandes von Deutschland zu erreichen. Clemenceau hat bei den Verhandlungen mit Wilson und Lloyd George halb einsehen müssen, daß die Angelegenheiten dafür niemals zu haben gewesen wären. Mit Recht wirft er Poincaré vor, daß er damals bei allen Beratungen beharrlich geschwie-



Seltene Pressekonferenz im Außenministerium.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Warschau, 23. Juli. Auf Einladung des Außenministeriums versammelten sich am 21. d. M. die Vertreter der polnischen Warschauer Presse im „Grünen Saale“ des Ministeriums, um an einer Pressekonferenz in Sachen des Bombenattentats auf die Warschauer Sowjetgesandtschaft teilzunehmen. Die Journalisten begaben sich in freudiger Stimmung zur Konferenz, denn sie hofften irgendwelche ganz besonders interessante Informationen über die Resultate der lange genug währenden Untersuchung in dieser mysteriösen Sache zu erhalten.

Im „Grünen Saale“ wurden die Pressevertreter vom Vizeminister Bysocki im Beisein des Pressechefs des Außenministeriums, Czernawski, und eines Vertreters des Justizministeriums, des Staatsanwalts Michalowski empfangen. Die Journalisten nahmen Platz und schickten sich an, auf die „Sensationen“, die sie da zu hören bekommen würden, gespannt zu lauschen. Zuerst sprach Vizeminister Bysocki. Er bat die polnische Presse, deren Patriotismus usw. bekannt sei, im Interesse des Staates alles das streng geheim zu halten, was der Staatsanwalt Michalowski den versammelten Pressevertretern mitteilen werde. Nach dieser Rede folgte die Erwartung der Konferenzteilnehmer aufs höchste und als der Staatsanwalt Michalowski mit einem beschriebenen Bogen Papier vortrat, um zu sprechen, verwandelte sich jeder Journalist in ein lauschendes Ohr. Was aber der Staatsanwalt in Vertretung des Justizministeriums den Journalisten enthüllte, war zwar nicht das Geheimnis des Bombenattentats auf die Sowjetgesandtschaft, waren nicht etwa die Namen von Verschwörern und Übeltätern, nein — was er sagte, war überhaupt keine Enthüllung, sondern etwas, das so sehr wider Erwarten kam, daß es auf eine besondere Art auch recht interessant war. Der Staatsanwalt Michalowski sagte den Journalisten, daß es für die Presse am besten sei, in der Sache des Bombenattentats auf die Sowjetgesandtschaft strengstes Geheimnis zu wahren, erstens wegen der Interessen des Staates und zweitens im Hinblick auf den Artikel 305 des Strafkodex, der mit strengen Strafen alle diejenigen bedroht, die sich gegen die Staatsinteressen durch Ausplauderung von Staatsgeheimnissen vergehen.

Die Journalisten waren nur um so gespannter auf die Geheimnisse, die da kommen werden und die sie niemandem werden verraten dürfen. Alle Blicke gingen am strengen Staatsanwalt. Dieser aber legte seinen Papierbogen zu-

gen habe und überhäuft beide, Poincaré und Foch, mit bitterstem Hohn wegen ihrer Unterstützung der Separatisten. Fochs Rheinlandpolitik endete damit, daß er sein Ehrenwort verpfänden mußte, sich nicht mehr in die Politik zu mischen. Die von Foch heraufbeschworene Krise war „fürchterlich“; denn Wilson erklärte: „Ich werde das amerikanische Heer keinem General anvertrauen, der seiner Regierung nicht gehorcht.“ Clemenceau macht sich über die Separatisten-Politik Poincarés lustig, da ihr die Basis gefehlt habe, nämlich Rheinländer, die sich separieren wollten. Die kümmerliche Gesellschaft, die die Franzosen für ihre Ablichten gewannen, sei vor ihren Augen totgeschlagen worden.

Clemenceau ist besonders verlezt, weil Foch ihm seine Laufbahn verdankt. Er hat ihn in das Lehramt an der Kriegsakademie berufen, obwohl er Fochs Beziehungen zu den Jesuiten kannte; er hat ihm im Jahre 1918 die Stellung als Oberbefehlshaber verschafft, obwohl er bereits kaltgestellt war, und er hat ihn mit Einsatz seiner Person gerettet, als die Kammer nach seiner Niederlage am Chemin des Dames im Mai 1918 seinen Kopf forderte. Foch hat ihm schließlich gedankt. 1922, als Clemenceau nach den Vereinigten Staaten reiste, veröffentlichte eine amerikanische Zeitung folgende Sätze, die der französische Marschall (nach dem man in Polen die Straßen benennt!) dem Vertreter der Zeitung zur Veröffentlichung übergeben hatte: „Wilhelm II. hat den Krieg verloren; Clemenceau hat den Frieden verloren. In Frankreich hätte er mit seiner Selbstverteidigung nicht viel Glück. In den Vereinigten Staaten hofft er mehr Glück zu haben. Seine Reise dient nur Zwecken der persönlichen Reklame.“ Sämtliche Worte und nur verständlich, weil Foch sich von Clemenceau in seiner Siegerwürde gekränkt fühlte.

Könnte Clemenceau die Loslösung der Rheinlande von Deutschland nicht erreichen, so suchte er die Sicherheit Frankreichs durch die Entwaffnung Deutschlands und durch die vorläufige Besetzung der Rheinlande herzustellen. Die Besetzung sollte dauern, bis Deutschland alle seine Verpflichtungen erfüllt habe. Daß Poincaré und Foch aus diesen Klauseln nicht mehr Nutzen gezogen haben, daß sie den Frieden haben versagen lassen, macht er ihnen zum Vorwurf. Er nennt den Frieden heute einen Schrumpffrieden; „einen Frieden, bei dem der Sieger durch irgend ein Versehen einen Teil der so teuer erkauften Vorteile des Sieges dem Besiegten überläßt.“ Schuld daran sollen Poincaré und Foch tragen. Sicher ein unberechtigter Vorwurf. Foch hat die Entwaffnung Deutschlands mit einer solchen

fammen und erklärte: „Ich bin zu Ende. Alle schauten sich erstaunt an. Wie? Das ist alles? Was sollen wir da geheim halten, wenn wir rein gar nichts wissen. Was ist das für ein lustiger Witz? — murmelten die Journalisten einander zu. Der Vizeminister scheint die Feinlichkeit der Situation gespürt zu haben und lud die Journalisten ein, in aktuellen außenpolitischen Angelegenheiten Fragen an ihn zu richten, die er gerne beantworten würde. Die Journalisten schwiegen aber demonstrativ. Sie wollten nichts mehr wissen, nicht mehr hören und erfahren. Denn sie waren misgestimmt wegen der verlorenen Zeit und beeilten sich, ins Freie zu gelangen.

Erst später kam man in Journalistenkreisen darauf, daß diese Konferenz eigentlich ein komisches Qui pro quo war. Man erinnerte sich, daß die Regierungsblätter vor etwa zwei zwei Wochen angestrichelte Untersuchungsresultate in der Bombenaffäre in sensationeller Aufmachung gebracht hatten. Die Verwarnung galt also den eingeweihten, hochoffiziösen regierungsfähigen Presseleuten, denen Geheimnisse anvertraut worden waren. Diese konnte man auf dem im Verkehr zwischen der Regierung und der Regierunspresse üblichen Wege erreichen. Wozu bemühte man aber die Vertreter der Oppositionspresse? Wohl nur, um ihnen Stoff zu satirischen Notizen zu liefern. Die Notizen erschienen auch prompt in allen Oppositionsblättern Warschaus.

Ratifizierung ohne Parlament.

Eine ganze Reihe von Handelsverträgen, die von den interessierten Regierungen schon längst ratifiziert wurden, konnten nicht in Kraft treten, da die Parlamentssession in Warschau geschlossen ist. Da es der Polnischen Regierung im Interesse des Exports an einer baldigen Inkraftsetzung der Handelsverträge liegt, so will man, wie die Polnische Presse meldet, durch unmittelbare Verhandlungen mit den auswärtigen Regierungen ein Einverständnis dahin erzielen, daß die Verträge noch vor der Ratifizierung wirksam werden. Diese Absicht würde übrigens keinen Präzedenzfall darstellen, denn auf diese Weise ist seinerzeit auch der polnisch-lettländische Handelsvertrag in Kraft getreten.

Entsprechende Verhandlungen sollen zunächst mit der Rumänischen Regierung aufgenommen werden, um den im Juni d. J. abgeschlossenen Handelsvertrag schon mit dem 1. August wirksam werden zu lassen. Die Ratifizierung des Vertrages würde den Kammern für einen späteren Zeitraum vorbehalten bleiben.

In polnischen Wirtschaftskreisen rechnet man damit, daß auf diese Weise auch die Verträge mit anderen Staaten, wahrscheinlich auch mit Deutschland, praktisch in die Tat umgesetzt werden, da mit einem Zusammenritt der gegenseitigen Parlamente nicht zu rechnen ist.

Polnische Kraftwagen in Danzig.

Warschau, 24. Juli. Wie die „Gazeta Polska Zachodnia“ erfährt, hat der Danziger Senat auf die Intervention der Polnischen Regierung beschlossen, die bis jetzt auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig angewandte Verordnung, durch die der Aufenthalt von Kraftwagen aus Polen ohne jegliche Gebühren nur 45 Tage im Jahre gestattet wird, aufzuheben. In Zukunft werden sich somit Automobile polnischer Staatsangehöriger auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig ohne zeitliche Beschränkungen aufhalten können.

Unsere geehrten Leser werden gebeten, bei Bestellungen und Einkäufen sowie Offerten, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freundlichst auf die „Deutsche Rundschau“ beziehen zu wollen.

Gründlichkeit und Kleinlichkeit durchgeführt, die nicht hätte übertroffen werden können. Er hat der Politik, die die Räumung des Rheinlandes verhindern wollte und die ja auch seine Politik war, durch seine Kontrollmethoden den größten Vorstoß geleistet.

Nach Clemenceaus Ansicht ist trotzdem nicht Deutschland, sondern Frankreich abgerüstet. Er beweist Deutschlands „Ausrüstung“ aus der Rede des Abgeordneten Scheidemann vom Dezember 1926, in der dieser ausführte: „In Hessen-Rassau sind die Schützengemeinschaften mit Kleinkalibergewehren (!) besonders stark ausgebildet.“ Eine für Frankreich höchst gefährliche Angelegenheit. „Vergebens verlangt Seadet eine Berufsarmee. Das ist nichts als Bluff und Augenwischen; denn der ehemalige Chef der Reichswehr weiß besser als irgend ein anderer, daß Deutschland mit fieberhafter Hast und größter Geschwindigkeit ein Volksgewehr vorbereitet.“ Und noch besser: „Überall begegnet man in allen rheinischen und westfälischen Gegenden bei Tag und bei Nacht ungeheuren Kraftpostwagen, die mehr als 40 Personen fassen können und im allgemeinen leer sind.“ Welch ungeheure Bedrohung Frankreichs! Dagegen hat man das französische Heer versallen lassen. Clemenceau höhnt: „Dieser militärische Chef, der sich so laut rühmte, am Rhein eine uneinnehmbare Grenze errichten zu können, hat plötzlich jedes Interesse verloren und läßt die Grenze weit offen, als ob es zwischen allem und nichts kein Mittelweg gäbe. Und ich bildete mir ein, daß er nur darum auf seinem Posten geblieben sei, um die erste seiner Pflichten zu erfüllen.“

Die beiden Franzosen sind sich im Haß gegen Deutschland einig. Die Entwicklung ging über sie hinweg; das brachte sie auf. Dieser Haß und die Kurst vor Vergeltung machen sie berechtigt und zwingen sie noch im Tode, ihre Landstiele zur Siderung ihres „bedrohten“ Vaterlandes aufzurufen. Bei diesem gespensterhaften Wortwechsel spielt sicher persönliche Abneigung und Nachsucht eine große Rolle; aber keiner, weder Foch noch Clemenceau, hätten ihrer Abneigung und ihrem Groll so hemmungslos die Zügel schießen lassen, wenn ihnen nicht die Sorge um den Bestand Frankreichs den Schlaf ihrer letzten Tage geraubt hätte. Frankreich hat 1918 im Verein mit allen Großmächten der Erde über Deutschland gesiegt; daher quälte die beiden siegreichen Franzosen noch im Sterben der Gedanke an die Gefahr, es könne Deutschland einmal allein, ohne Bundesgenossen, auf der Weltstandspunkt ganz recht, wenn er seinem Angriff auf Foch den Titel gibt: „Größe und Glend eines Sieges“. Selten hat es in der Geschichte so Kleinmütige Sieger gegeben.

Belgischer Orden für Zaleski.

Warschau, 24. Juli. (F.A.Z.) König Albert von Belgien hat dem polnischen Außenminister August Zaleski die Große Schleife des Leopold-Ordens verliehen. Aus diesem Anlaß fand ein Austausch von Telegrammen zwischen Herrn Zaleski und dem belgischen Außenminister Gynans statt.

Die ägyptische Krise. Kämpfe am Suez-Kanal.

Der 21. Juli, dem man in England und Ägypten mit unruhiger Spannung entgegen sah, hat blutige Opfer gefordert. Fünf Personen wurden bei der Revolte getötet, 190 verletzt. Der Seehafen von Suez befindet sich in den Händen der Aufständischen. Das sind nicht nur Unruhen, die Ägypten erschüttern, sondern jetzt geht es um den ägyptischen Thron. Wird König Fuad sich halten können? Das ist die Frage, die augenblicklich nicht mit Sicherheit beantwortet werden kann. Auf jeden Fall befindet sich England auf dem besten Wege, in Ägypten eines der größten Niedergänge zu erleiden, die das britische Weltreich im Laufe von Generationen je erlitten hat.

Nichts hat die Hoffnungslosigkeit der britischen Lage in Ägypten besser gezeigt, als die Revolte, in die das Land der Pharaonen vor einigen Tagen gestürzt wurde. In Ägypten kämpfen heute zwei Parteien — und England sieht sich gezwungen, gleichzeitig gegen beide Parteien zu sein. Die altbewährte englische Methode, einen Zwist in dem von England beherrschten Lande anzuzetteln, um davon profitieren zu können, hat nunmehr versagt. Ägypten ist uneinig, aber England hat keinen Nutzen davon! Ist das nicht ein tragisches geschichtliches Ereignis?

Der einzige Freund Englands in Ägypten ist heute König Fuad. Sowohl die Regierung wie die Regierungsgegner stehen mit England in offenem Konflikt. König Fuad sucht eine Doppelrolle zu spielen: einerseits läßt er die Regierung mit Waffen in der Hand die überwiegende Mehrzahl des ägyptischen Volkes, die unter den Fahnen der Wafd-Partei steht, bekämpfen; andererseits nimmt er gegen dieselbe Regierung Stellung, wenn sie sich anschickt, die „Souveränität“ Ägyptens und die englischen Kriegsschiffe zu verteidigen. Ein Chaos war schon immer das sicherste Zeichen für den Untergang eines Staates oder eines Regimes — und in Ägypten herrscht heute das Chaos. Seine letzte Ursache ist in der Unvereinbarkeit der ägyptischen Freiheitsbestrebungen mit den imperialistischen Machtbestrebungen Englands zu suchen. Angesichts des Ernstes der Lage in Ägypten dürfte selbst die erbitterte Boykottbewegung in Indien für England eine Erholung sein.

Man bedenke: Am Suez-Kanal, dem Schlüssel dreier Kontinente! Wer hätte dies noch vor wenigen Monaten träumen können? Ist wirklich so wenig nötig, um die britische Weltmacht wenn auch nicht zu erschüttern, so doch in ernste Bedenken zu bringen?

Im Vergleich zu den Ereignissen am Suez-Kanal ist das persönliche Schicksal König Fuads, ja das Schicksal seines Thrones, eine Bagatelle. Der Suez-Kanal ist einer der wichtigsten strategischen und handelspolitischen Punkte des britischen Weltreiches, wenn nicht der wichtigste überhaupt. Seine Schließung würde für England dieselbe Wirkung ausüben, wie die Unterbindung einer lebenswichtigen Arterie im menschlichen Körper. Es würde bedeuten, daß das Empire heute in einen Zustand vor 1869 versetzt wird, ein für das Bestehen der englischen Weltmacht heute ganz unerträglicher Gedanke. Noch einmal zeigt es sich, welche Rolle Ägypten für England spielt, und was der Verlust Ägyptens für England bedeuten könnte. Bis dahin ist es jedoch noch weit. Noch ist England imstande, sich am Suez-Kanal zu behaupten. Aber die blutigen Unruhen von Suez haben der ganzen Welt gezeigt, in welcher Gefahr das britische Reich sich jeden Augenblick befinden kann: es genügt, daß ein verhältnismäßig kleines, halbkoloniales Volk diese Gefahr für England ernstlich will.

Ein Vorzeichen kommender Katastrophen?

Das Neapel-Erdbeben im Lichte moderner Forschung.

(Von einem wissenschaftlichen Mitarbeiter.)

Die Nacht zum 28. Juli 1908 wird nicht nur in Deutschland als die Nacht des Schreckens und der Trauer in Erinnerung fortleben: fast genau um dieselbe Zeit wie in Koblenz erlöschten in Süditalien, in der Provinz Neapel, Todebschreie Hunderte. — Italien wurde von einem neuen Erdbeben heimgesucht. Die Liste grauenvoller Katastrophen, die sich im Laufe von wenigen Tagen ereigneten — Bergwerks-Explosion in Schlesien, Laifun in Japan, Brückeneinsturz am Rhein, Erdbeben in Süditalien — wird diese Liste bald ihr Ende haben?

Das Neapeler Erdbeben vergrößert zugleich die an sich nicht geringe Zahl von Erdbeben-Katastrophen, die sich im Laufe verhältnismäßig kurzer Zeit ereignet haben. Das große japanische Erdbeben des Jahres 1923 bildete den Anfang einer bedrohlichen Serie weiterer ähnlicher Unglücke. Es ist unmöglich, einen einzelnen Herd dieser Erdbeben aufzuzeigen. Man muß vielmehr von Erdbebenwellen sprechen, die über die gesamte Erdoberfläche in bestimmten Richtungen verlaufen. Es scheint, daß unser Planet neuerdings eine erhöhte seismische Tätigkeit entwickelt. Hiermit findet eine schon vor einigen Jahren von namhaften französischen Geologen aufgestellte Katastrophen-Theorie ihre Bestätigung. Diese Theorie besagt, daß es Anzeichen für eine nahe bevorstehende riesige Erdbebenkatastrophe gibt, und zwar in Europa. Die Meeresbodengefaltung des Atlantischen Ozeans hat sich in den letzten Jahrzehnten so auffallend verändert, daß die schlimmsten Rückwirkungen in Europa zu befürchten seien: Europa geht einer Erd- und Meereskatastrophe entgegen, die bereits für die aller-nächsten Jahre erwartet werden kann, und die ganz England und große Teile der norddeutschen, belgischen und französischen Küste unter Wasser setzen wird. Die ersten kontinentalen Ansätze der Katastrophe wurden von den Verfassern dieser Theorie für die Jahre 1927 und 1928 in Aussicht gestellt. Diese schon vor einigen Jahren vorausgesagten Anzeichen traten ein. Man hat in der Tat selbst in solchen Gebieten Erdbeben verspüren können, die bisher von ähnlichen Erscheinungen so gut wie völlig verschont waren. Während in Süditalien die Erdbeben gewisser-

Die Erdbebenshäden in Italien.

Ueber 2000 Tote, 3000 eingestürzte Häuser, 4000 Verletzte.

Ganz Italien steht unter dem Eindruck des schweren Erdbebens, dessen unheilvolle Wirkungen noch immer nicht abzusehen sind. Eine amtliche Verlustliste gibt die Zahl der Toten mit 1778, die der Verletzten mit 4264 an. Der erste offizielle Bericht des Unterstaatssekretärs für öffentliche Arbeiten, Lenzi, der nach den von dem Erdbeben heimgesuchten Gebieten entsandt worden ist, läßt den ganzen Umfang der schrecklichen Naturkatastrophe erkennen. 3188 Häuser sind als eingestürzt gemeldet. Die Zahl der Toten dürfte sich auf 2000 erhöhen.

Mehrere Beben.

Wie jetzt bestätigt wird, fanden in den beiden am schwersten betroffenen Provinzen nicht, wie in Neapel, im Laufe einer Minute mehrere Erdstöße statt, sondern diese wiederholten sich in Abständen von mehreren Stunden. Gerade das zweite Erdbeben soll den Einsturz der meisten Häuser zur Folge gehabt haben, die durch die ersten Erdstöße in ihren Fundamenten erschüttert waren. Dem „Giornale d'Italia“ zufolge wird sich der König von Italien nach Avellino begeben. Im Laufe des morgigen Tages wird der Ministerrat zusammentreten, um die notwendigen Hilfsmaßnahmen zu besprechen. Mussolini hat in einer Mitteilung an die Präfekten der einzelnen Provinzen öffentliche Sammlungen zugunsten der durch das Erdbeben Betroffenen unter sagt.

Nach den bis Donnerstag mittag vorliegenden Meldungen aus dem Erdbebengebiet muß mit einem weiteren Steigen der bisher bekanntgewordenen Verlustziffern gerechnet werden. Da die Telephon- und Telegraphenlinien stellenweise unterbrochen waren, hat man erst verhältnismäßig spät von den verheerenden Folgen des Erdbebens in einer Reihe dichtbevölkerter Ortschaften erfahren. Während bislang angenommen wurde, daß Melisi in der Provinz Potenza am stärksten mitgenommen war, steht jetzt fest, daß der südöstliche Teil der Provinz Avellino, also Villanova, Aquilonia und Umgebung, in stärkerem Maße betroffen wurde. Gemäß den Vorschriften für Naturkatastrophen hat das Luftfahrtministerium das betroffene Gebiet von Erkundungsflugzeugen überfliegen und photographische Aufnahmen anfertigen lassen. Nach den Berichten der Flugzeugführer haben auch im Mittelpunkt des Erdbebengebietes zahlreiche Ortschaften das Erdbeben verhältnismäßig gut überstanden. Die Bergungsarbeiten werden inzwischen mit den zur Verfügung stehenden Kräften fortgesetzt. Es scheint jedoch, daß noch nicht ausreichende Hilfskolonnen zur Stelle sind. Die Ausmaße des verheerenden Erdbebens sind erst zu spät richtig erkannt worden. Die Straßen sind überfüllt von Auto-kolonnen, Verbundentransporten. In den Kreuzungspunkten kampiert die obdachlose Bevölkerung, teilweise stumm vor Schmerz, teilweise laut jammernd. Die Kinder, die von der Schwere des Unglücks, das ihre Heimat betroffen hat, noch keine richtige Vorstellung haben können, weinen in dem allgemeinen Durcheinander bitterlich und flehen um Hilfe. Stellenweise sieht man Leute, die wahnsinnig an den eingestürzten Häusern graben, in der Hoffnung, die Bergungsarbeiten beschleunigen zu können. Ein aus Villanova gebürtiger Ingenieur, der mit dem ersten Hilfszug eintraf, um bei den Bergungsarbeiten zu helfen, fand unter den Trümmern seines elterlichen Hauses eine tote Mutter. Eine herzzerreißende Szene spielte sich ab, weil man dem Ingenieur kurz vorher versichert hatte, daß seine Mutter bereits vor dem Erdbeben das Haus verlassen hatte.

Am meisten betroffen sind die Städte an der Grenze der Provinz Avellino. So hat Acadia 34 Tote und etwa 500 Verwundete, darunter 100 schwer, zu verzeichnen. Etwa 100 Häuser sind eingestürzt. Einige Tote werden aus Candela gemeldet. In der Provinz Salerno sollen nur drei Tote und nur wenige Verwundete zu beklagen sein. In Cana de Tirreni ist das Franziskaner-Kloster eingestürzt, ohne jedoch Opfer an Menschenleben zu fordern.

maßen zur „Tagesordnung“ gehören, bereitete das Erdbeben in der Provinz Venedig, im Norden Italiens, am 28. März 1928 große und unangenehme Überraschung. Dieses Erdbeben hatte eine ziemlich breite Basis: Erdstöße wurden nicht nur südlich der Alpen, sondern auch in Kärnten, ja sogar in Prag verspürt. Interessant ist dabei, daß diesem norditalienischen Erdbeben eine Katastrophe in Sizilien (Messina) vorausging. Dort fand 20 Tage vorher, am 8. März 1928, ein Erdbeben statt, das die furchtbare Erinnerung an die gräßliche Katastrophe des 28. Dezember 1908 wachrief. Besonders wichtig erscheint in diesem Zusammenhang, daß diese beiden Erdbeben wahrscheinlich völlig verschiedene Ursachen hatten: während das Messina-Erdbeben auf die gesteigerte Tätigkeit des benachbarten Atna zurückzuführen war, lag die Ursache des norditalienischen Erdbebens in tektonischen Verschiebungen, wie sie sich an fast allen Gebirgspalten tertiärer, also verhältnismäßig jüngerer Herkunft bemerkbar machen.

Diese Gebirgspalten sind bekanntlich in seismischer Hinsicht Gebiete geringsten Widerstandes. Es ist bekannt, daß die höchsten Gebirge der Welt heute noch in Bildung begriffen sind, da der Prozeß der Schrumpfung der Erdkruste ununterbrochen seinen Fortgang nimmt. So bildet die überwiegende Mehrzahl der europäischen Gebirge ein einheitliches System, weil sie zu ein- und derselben geologischen Spalte gehören. Diese geologische Spalte geht von den Pyrenäen über die Alpen nach den Karpathen über, nachdem sie sich auf die Apenninen und das Balkengebirge abgezweigt hat, und erstreckt sich über die Krim und über den Kaukasus nach Hindukusch, dem Himalaya und den sibirischen Gebirgen fort, um sich dann nördlich nach Kamtschatka und den Kurilen, südlich nach Korea, Japan und weiter über Formosa auf die Sunda-Inseln abzuweigen, (man denke an die neue Kratavol-Tätigkeit!). Es genügt, daß an einem der Punkte dieser riesenhaften geologischen Spalte Unruhe entsteht, um alle übrigen Teile dieser geologischen Bildung in Mitleidenschaft zu ziehen. Es braucht dabei nicht unbedingt zu einer großen Katastrophe zu kommen. Bekanntlich gibt es durchschnittlich alle zwei Stunden irgendwo auf der Erde eine merkliche Bodenerschütterung. Die Zahl mehr oder minder großer Erdbeben beträgt pro Jahr durchschnittlich 100 bis 150. Aber es ist festzustellen, daß im Laufe der letzten Zeit gerade die Zahl derjenigen Erd-

Europafieger in Lausanne.

Vorläufig Startverbot.

Lausanne, 24. Juli. Die Elemente sträuben sich, so gut sie können, gegen die Fliegerei. Niedrig hängende Regennöckchen, Überreste des gestern 15 Stunden lang andauernden strömenden Regengusses. Plötzlich ein Surren, ohne daß jemand zu sagen wüßte, woher. Da stößt ein Flieger durch die Wolken. Man erkennt dann seine Zeichen „K 3“. Es ist der Engländer Broad, der die Strecke von Lyon nach Lausanne in wenig mehr als einer Stunde zurückgelegt hat und um 1.40 Uhr auf dem Flugplatz landet. Während die Herren der Kontrolle sich um ihn bemühen, kommt kaum eine Minute später, 1.41 Uhr, sein englischer Kollege Butler an, ebenso leicht auf dem sanft abfallenden Gelände der Blächerette landend. Nächste Komik: zwei Minuten nach der Ankunft Butlers klingelt im Bureau das Telefon: Lyon meldet den Abflug der beiden Engländer! Als Dritter kommt dann Punkt 3 Uhr der Engländer Thorn an, als Viertes und Fünftes treffen um 3.24 Uhr die Deutschen Morzik und Pösch ein, die etwa 1½ Stunden von Lyon gebraucht haben.

In Pau bestand bis gestern nachmittag wegen des schlechten Wetters über den Pyrenäen noch Startverbot. Die Nachzügler, die Flieger Dinort, von Waldau, von Masfenbach und von Gravenreuth, starteten gestern in Paris, um Pau zu erreichen. Es warteten gestern rund 40 Flieger in Pau auf besseres Wetter und Aufhebung des Startverbotes.

Zwischen der in Lausanne angekommenen Spitze und den sich in Pau aufhaltenden Fliegern liegt eine Strecke von rund 2500 Kilometern. Um das Feld nicht noch mehr auseinanderzureißen, wurde gestern Lausanne als Zwangshaltelinie erklärt. Es darf also vorläufig kein Flieger von Lausanne aus starten.

Auf einem Sportflugzeug über den Ozean

Auf dem Tempelhofer Flughafen sind Donnerstag morgen um 7.05 Uhr der bekannte Sportflieger Wolf Hirth und sein Begleiter Oskar Weller zu einem sehr kühnen Unternehmen gestartet. Die Flieger beabsichtigen in ihrem Klemm-Kleinflugzeug mit einem Motor von nur 40 PS in mehreren Etappen über den Atlantischen Ozean zu fliegen. Das Ziel des ersten Tages ist Köln, weitere Zwischenlandungen sind in London, auf den Orkney-Inseln, auf Island, Grönland und Labrador vorgesehen.

Wie dazu die „D.A.Z.“ erfährt, handelt es sich bei diesem geplanten Ozeanflug um ein Unternehmen, das bereits seit längerer Zeit vorbereitet worden ist. Wolf Hirth, ein Bruder des bekannten Vorkriegsfliegers Hellmuth Hirth, hatte sich nach dem Kriege zunächst als Segelflieger einen Namen gemacht und sich dann dem Motorflug zugewandt. Hirth führt weder ein Rettungsboot noch ein Funkgerät, ja nicht einmal Schwimmgürtel mit.

Hirth ist es bei seinen Probeflügen gelungen, eine Reichweite für den einzelnen Flug von etwa 2300 Kilometer zu erreichen, während seine längste Etappe etwa 1600 Kilometer beträgt. Hirth legt also alles auf eine einzige Karte: das Funktionieren seines Motors und die Widerstandsfähigkeit seines Flugzeugs selbst in schwierigen Wetterlagen. Hirth hat mit seinem Kameraden Weller und der vollen Belastung durch Instrumente usw. eine ganze Reihe von Probeflügen ausgeführt, die teilweise bis auf 25 Stunden ausgedehnt wurden. Für die einzelnen Etappen des Ozeanfluges wird Brennstoff für etwa 22 Stunden mitgenommen werden. Die Höchstgeschwindigkeit des Flugzeugs, das selbst 350 Kilogramm und mit der gesamten Zuladung 760 Kilogramm wiegt, beträgt etwa 130 Kilometer in der Stunde.

Der Abflug zur ersten Etappe nach Köln erfolgte Donnerstag morgen in aller Stille. Nicht einmal die Flugpolizisten, die die Maschine nach Köln abfertigten, hatten eine Ahnung davon, wohin die weitere Reise des kleinen Sportflugzeuges gehen soll. Das Flugzeug hat um 11.57 Uhr in Köln die vorgesehene Zwischenlandung vorgenommen.

beben, die Häusereinstürze und Menschenopfer verursachen, besonders zugenommen hat. Aber das Erdbeben von Neapel hat bezeichnender Weise seine Ursache nicht etwa in der Tätigkeit des Vesuvus. Vielmehr liegt das Zentrum dieses Erdbebens in den Apenninen. Es besteht leider kein Anlaß anzunehmen, daß in der nächsten Zeit in tektonischer Hinsicht eine Beruhigung eintreten wird. Eher muß die Katastrophe von Neapel als ein böses Omen angesehen werden, das eine Ahnung kommender Erdbeben-Katastrophen gibt. Dr. T.

Kleine Rundschau.

* Ein Tempel der Gastfreundschaft. Der amerikanische Hotelkönig Lucius Bahmer hat vor kurzem England besucht, um dort Einkäufe für die Einrichtung seines neuen Riesenhotels zu machen. Das Hotel, das an der Stelle des Waldorf-Astoria-Hotels entstehen wird, soll, wie Bahmer sich äußerte, ein Tempel der Gastfreundschaft werden. Dieses größte Gasthaus der Welt wird sich in einem Vorkriegsgebäude von 47 Stockwerken und 200 Meter Höhe befinden. Der Bau soll ein Wunder der modernen Technik und der Architektur werden. Die Zahl der Zimmer wird 25 000 betragen. Jedes Zimmer wird sehr groß sein und eine eigene Radioanlage besitzen. Eine Armee von Telephonistinnen wird Tag und Nacht tätig sein. Das Hotel wird ein eigenes Krankenhaus und eine eigene Apotheke den Gästen zur Verfügung stellen. Das ist aber nicht alles. Im Hotel wird noch ein Theater untergebracht werden, und die Eisenbahnzüge werden in eine unterirdische Halle ins Hotel hineinrollen, von wo die Gäste auf 31 Fahrstühlen in ihre Wohnräume befördert werden. Die Bilanz des Unternehmens klingt recht amerikanisch. Die Einnahmen nur von der Zimmervermietung sind mit 6½ Millionen Dollar im Jahre veranschlagt. Das Restaurant soll 3 Millionen Dollar im Jahre einbringen, während die Einnahmen von Zigarren- und Zigarettenverkauf ca. 200 000 Dollar im Jahre betragen werden. Der Posten der Einnahme vom Verkauf von Alkoholverdränken ist sehr bescheiden, angesichts des trockenen Regimes und wird mit nur 120 000 Dollar veranschlagt.

Albert Brunk †.

Mit tiefer Erschütterung vernehmen wir die Kunde von dem Tode des in der ganzen Provinz allverehrten Geheimen Sanitätsrats Dr. Albert Brunk in Bromberg. Ein überaus reiches Leben wird ihm am Montag zu Grabe getragen. Dr. Albert Brunk stammt aus einer im Nehegau seit vielen Generationen ansässigen Bauernfamilie und wurde am 25. Dezember 1854 in Schulitz geboren. Am letzten Weihnachtstag konnte er in voller Rüstigkeit seinen 75. Geburtstag im Kreise seiner Kinder und beglückwünscht von ungezählten Freunden und Patienten feiern. Albert Brunk besuchte das Gymnasium in Bromberg und studierte in Greifswald, Leipzig, Straßburg und Freiburg Medizin. Am 5. August 1880 promovierte er in Freiburg, so daß ihn nur wenige Tage noch von seinem goldnen Doktor-Jubiläum trennen. Nach dem Abschluß seiner Studien war er zunächst Professor am Pathologischen Institut in Freiburg (Breisgau), um sich dann seit 1882 zunächst als praktischer Arzt, später als Sacharzt für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten in Bromberg niederzulassen. Er gehörte bis in sein hohes Alter hinein zu den gesuchtesten Ärzten der Stadt; von weit her kamen die Kranken, um bei ihm Heilung zu suchen.

Neben seiner großen Praxis fand er noch Zeit, sich mit Tatkraft und Selbstlosigkeit in den Dienst seines Standes zu stellen und darüber hinaus auch der Allgemeinheit seine reichen Gaben dienstbar zu machen. So war er in preussischer Zeit Vorsitzender der Ärztekammer von Posen und des Vereins der Ärzte für den Regierungsbezirk Bromberg, ferner Mitglied des preussischen Ärztekammer-Ausschusses und des Geschäftsausschusses des deutschen Ärztevereinsbundes, auch gehörte er lange Jahre der Stadtverordnetenversammlung als Mitglied an. Nach dem Amtsrat wurde Geheimrat Brunk zum Vorsitzenden der wissenschaftlichen Vereinigung deutscher Ärzte für Bromberg und weitere Umgebung gewählt. Außerdem ist noch seine Tätigkeit als Vorsitzender der Ortsgruppe des Deutschen Schulvereins und als Mitbegründer und Vorstandsmitglied des Kant-Vereins dankbarst zu erwähnen.

Am 10. Juni hielt Geheimrat Brunk in der wissenschaftlichen Vereinigung deutscher Ärzte in Bromberg, unmittelbar nach seiner Rückkehr von einem Sommerurlaub einen Vortrag. Witten in diesem Vortrag wurde er vom Schläge gerührt, der seinem arbeitsreichen und starken Leben ein Ziel setzte. Nach hartem Tobekampf ist er in den Abendstunden des 23. Juli gestorben.

Wir betrauern in dem Verstorbenen nicht allein den Arzt, der vielen Kranken mit außerordentlichem Geschick Heilung und Linderung ihrer Schmerzen brachte, wir trauern nicht minder um den Verlust eines kühnen deutschen Mannes, der sich allen Gewalten zum Trost mit Lebensfreudigkeit zu erhalten wußte, der eine ganze Persönlichkeit war, wie sie unseren Zeiten so bitter not tut, der noch im hohen Alter eine Bude reist, als wäre er ganz jung und hätte nicht schon an der Pforte des Todes gestanden, die sich in seinem Alter sonst nur mühen Lebenskameraden zu öffnen pflegt. Der Segen seiner Arbeit und die Erinnerung an seine starke Persönlichkeit, die mit Stadt und Heimat so eng verbunden war, wird den Namen Albert Brunk weit über das Grab hinaus unserer Heimatgeschichte erhalten.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. - Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 25. Juli.

Wettervorhersage.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet wechselnde Bewölkung, wechselnde Winde und vereinzelte Schauer an.

Millionenwerte aus einem Güterzug geraubt.

Die Dreistigkeit und Frechheit, mit der man heute Banditenreiche durchführt, wird größer. Immer wieder hat der Chronist Attentate, Anschläge, Raubüberfälle zu verzeichnen, die in der Art ihrer raffiniert-dreisten Ausführung geradezu ans Groteske grenzen. Die letzte „Sensation“ stellte die Raubhand dar, die sich zu ihren Raubzügen sogar eines Autobusses bediente. Jetzt wird jedoch ein Fall bekannt, der in der polnischen Verbrecherchronik zweifellos noch nicht verzeichnet war.

Ein unerhörte Kühner und erfolgreicher Raubüberfall wurde auf einen Güterzug zwischen Zyrardow und Grodzisk verübt. Die Täter bestiegen zwei Waggons und raubten Parfümeriewaren und Drogen französischer Herkunft im Werte von einer halben Million Schweizer Franken, sowie englische Metallwaren im Werte von 400 000 Zloty.

Der Raub wurde von dem Oberhändler Jagiello bemerkt, der sofort den Verkehrsbeamten in Grodzisk benachrichtigte, der dann die Polizei in Kenntnis setzte. Eine Polizeikreife nahm die Verfolgung der Räuber auf, erreichte sie jedoch nicht mehr. Dagegen wurden im Walde von Jaktorow zwei Kisten Ladung vorgefunden, die die Diebe nicht mehr hatten mitnehmen können. Wie festgestellt wurde, ist das gestohlene Gut in Kraftwagen fortgeschafft worden.

Unter der Führung eines Kommissars sind 40 Polizisten zu Fuß und zu Pferde aufgeboten worden, die die ganze Gegend absuchen. Die Streife ist bisher ergebnislos verlaufen.

§ Die Versteigerung im Zollamt lagernder Waren. Bekanntlich werden Waren, die sich im Zollamt befinden und nicht rechtzeitig abgeholt werden, versteigert. Solche Versteigerungen haben meist nicht den gewünschten Erfolg. Ein großer Teil kann nicht abgestoßen werden und muß zum zweiten Male versteigert werden, es werden nur kleine Preise erzielt, und gewisse Waren verderben oder verlieren durch längere Lagerung an Wert. Angesichts dieser Tatsache wollen sich die Wirtschaftsorganisationen nunmehr an die maßgebenden Kreise mit dem Ansuchen wenden, die Frist zur Abholung der im Zollamt lagernden Waren zu verlängern.

§ Frontfenster müssen bei Wind geschlossen sein! Die Verwaltungsbehörden haben die Polizei aufgefordert, dar-

auf zu achten, daß bei Wind alle an der Straßenseite befindlichen Fenster geschlossen sein müssen. Diese Verfügung ist darauf zurückzuführen, daß sich in letzter Zeit Fälle ereigneten, in denen Straßenpassanten durch herausfallende Fensterscheiben verletzt worden sind. Jeder Polizist, der Zeuge des Herausfallens einer Fensterscheibe ist, hat dem in Frage kommenden Wohnungsinhaber ein Strafmandat aufzulegen. In Fällen, wo Vorübergehende durch herausfallende Fensterscheiben verletzt werden, haben die Polizisten die betreffenden Wohnungsinhaber dem Gericht zu übergeben.

§ Zu einem Zusammenstoß zweier Motorräder kam es am 23. d. M., gegen 8 Uhr abends, an der Ecke Hinfauer- und Elisabethstraße. Auf dem einen Rade, das durch die Elisabethstraße nach dem Elisabethmarkt fuhr, befand sich ein junger Mann in Begleitung einer jungen Dame, auf dem zweiten Motorrad, das von der Hinfauer- in die Elisabethstraße einbiegen wollte, ein etwa 40jähriger Herr. Infolge des Zusammenstoßes stürzten die Fahrer zu Boden, trugen aber glücklicherweise nur leichte Verletzungen davon. Beide Motorräder wurden schwer beschädigt.

§ Immer wieder Kautionschwindel. In den hiesigen polnischen Blättern inserierte ein angeblicher Graf von Sözendorf (!), daß er Beamte für seine Güter gegen Stellung einer Kautions von 500 bis 1000 Zloty suche. Infolge der großen Arbeitslosigkeit, die im Lande herrscht, gab es leider sehr viele Personen, die dem falschen Grafen ihre letzten Spargroschen übergaben und dann feststellen mußten, daß sie es mit einem Betrüger zu tun hatten.

§ Festgenommene Diebe. Wir berichteten vor längerer Zeit über einen Diebstahl in einem Restaurant der Hermann-Frankestraße, bei dem einem Wolfereibesitzer aus dem Kreise Wirsch, der dort eingeschlafen war, die Aktentasche mit 5000 Zloty entwendet wurde. Die von der Polizei durchgeführten Untersuchungen lenkten den Verdacht der Täterschaft auf den 23jährigen Jan Mucha und den 21jährigen Jan Wierachoslowski. Bei der vorgenommenen Verhaftung fand man bei einem der Genannten eine größere Geldsumme, über deren Herkunft er keine Auskunft geben konnte. Man stellte fest, daß man es mit den Dieben der Aktentasche zu tun hat. Den größten Teil des Geldes haben die jungen Leute bereits verjubelt.

§ Leichtgläubigkeit führt oft zum Schaden. Am 22. d. M. erschien in der Wohnung des Dr. Heinrich, Kurfürstenstraße (Senatorsta) 18, als das Dienstmädchen allein anwesend war, ein Mann, der ein Pulver zum Verkauf anbot, das nur in Amerika und England als Mittel zur Konservierung gewisser Maschinenteile bekannt sei. Der Mann erklärte dem Mädchen, daß Dr. S. das Pulver bestellt hätte. Nichts Böses ahnend, glaubte das Mädchen den Erklärungen des Mannes, nahm das Pulver und zahlte auch gleich die von ihm geforderten 5 Zloty. Der Unbekannte äußerte noch, daß der Generalvertreter für diese Pulver ein Ingenieur in der Heinestraße (Masowicka) sei. Als Dr. S. zurückkehrte, stellte sich heraus, daß er niemals ein solches Pulver bestellt hatte, und daß das Dienstmädchen auf einen Betrug hereingefallen war. Die Polizei warnt vor oben genannter Person.

§ Metallteile stark gefragt. Am 22. wurde auf frischer Tat der 42jährige Eisenbahnschlosser Bernhard Babfki ertappt, als er in den hiesigen Eisenbahnwerkstätten Metallteile stehlen wollte. Da die hiesigen Altwarenhändler allzu leicht den Dieben das Material abkaufen, ohne über die Herkunft derselben Erkundungen einzugehen zu haben, werden diese Diebstähle sehr stark gefördert. Die Polizei erläßt eine Warnung an die Altwarenhändler und droht strenge Bestrafung an für den Fall des Erwerbs von Materialien, die aus Diebstählen stammen oder von unbestimmbarer Herkunft sind.

§ Fahrrad Diebstahl. Dem 20jährigen Paul Donszewski, Thornerstraße 41 wohnhaft, wurde sein Fahrrad Marke „Reford“ gestohlen. Der Genannte hatte das Rad vor dem Hause Bahnhofstraße 6 für ganz kurze Zeit unbeaufsichtigt stehen gelassen. Als er wiederkehrte war das Rad verschwunden. Wie Augenzeugen berichten, hat ein junger Mann in blauer Jacke und blauen Knickerbockers das Rad bestiegen und ist damit in unbekannter Richtung davongefahren. - Dem Glinkerstraße 12 wohnhaften Ludwik Kubaczyl stahlen Einbrecher aus dem Stall ein Herrenfahrrad im Werte von 150 Zloty.

§ Diebstahl. 3000 Zigaretten im Werte von 120 Zloty wurden dem Kaufmann Anton Mroza, Berlinstraße (Sm. Trójcy) 5 gestohlen. Der Dieb führte die Tat aus, als das Paket mit den Zigaretten sich im Auto befand, das unbeaufsichtigt in der Kirchenstraße stand. - Peter Smegala, Jägerstraße 89, wurde eine Herrenuhr gestohlen.

§ Wer sind die Diebe? Am 27. d. M. wurde einer Person eine silberne Damenuhr beschlagnahmt, die die Nr. 28 082 trägt, ferner eine goldene Kreuz (ein Orden in der Art des Malteserkreuzes). Die Gegenstände stammen zweifellos von Diebstählen her. - Am 5. Polizeikommissariat in der Steinstraße befindet sich ein roter Damensprohput. Die genannten Gegenstände können von der Polizei abgeholt werden.

§ Verhaftet wurden fünf Personen wegen Diebstahls, vier unter dem Verdacht, Raubüberfälle durchgeführt zu haben, zwei und dreißig wegen Übertretung sittenpolizeilicher Vorschriften, eine Person wegen Desertion, eine gesuchte Person, ein Betrüger und zwei Betrunkene.

v. Argentan (Gnielkowo), 24. Juli. Der heutige Wochenmarkt war gut besetzt und auch reichlich besucht. Man zahlte für Butter 2,20-2,40, Eier 1,80-2,20. Für Gemüse wurden gezahlt: Mohrrüben 0,15-0,20, Kohlrabi 0,20 bis 0,25, Gurken 0,30-0,60, Blumenkohl 0,40-0,80 pro Kopf, Weißkohl 0,50-0,70, Tomaten 0,60-1,20, Schoten 0,40, Spinnat 0,15, Schnittbohnen 0,50-0,70, Rhabarber 0,15, Zwiebeln 0,10, Süßkirschen 0,40-0,80, Sauerkirschen 0,30-0,50, Blaubeeren 0,50-0,60, Johannisbeeren 0,35-0,45, neue Kartoffeln 0,10 das Pfund und alte 2,50 der Zentner. Auf dem Geflügelmarkt kosteten junge Gänse 7,00-8,00, Enten 4,00-6,00, Hühner 2,00-2,50 das Stück und Tauben 2,00 das Paar. - Am Dienstag, dem 5. August, findet hier selbst ein Pferde-, Vieh- und Krammarkt statt.

* Posen (Poznan), 24. Juli. Zwei Automotoren stießen am Westbahnhof zusammen, so daß beide Wagen schwer beschädigt wurden. Die Ursachen des Zusammenstoßes sind nicht bekannt. - Am Alten Markt kam es am gestrigen Nachmittag ebenfalls zu einem Zusammenstoß zweier Wagen. Ein Militärauto aus Lawica, das von dem Chauffeur Motela geführt wurde, wurde von einem Wagen, den der Rutscher Sibil lenkte, so stark angefahren, daß das Automobil starke Beschädigungen davontrug. Der Wagen mußte von einem anderen Kraftwagen aus Lawica in eine Garage gebracht werden. Die Schuld an dem Zu-



ammenstoß trägt der Pferdewagenführer. - In der ulica Dabrowskiego kam es zu einem Unglücksfall, wobei ein gewisser Martin Urbanek verletzt wurde. Ein Auto des Walerj Skrzypczak aus Stenkowo fuhr mit solcher Geschwindigkeit durch die Straße, daß es nicht mehr möglich war, auszuweichen. Der Verletzte wurde ins Krankenhaus überführt, konnte aber noch am gleichen Tage in seine Wohnung entlassen werden.

Polnisch-Oberschlesien.

* Poslau, 24. Juli. Eine Schlagweiter-Explosion ereignete sich am Mittwoch nachmittag, kurz nach 2 Uhr, auf dem der Rybniker Steinkohlengewerkschaft bei Poslau gehörigen Schacht Marklowik. In der kritischen Zeit befanden sich fünf Mann in dem Schacht, von denen einer bald nach Eintritt der Explosion die Fahrten heraufstieberte und mit verbrannten Händen und verletztem Gesicht zutage kam. Sofort fuhr nun eine Rettungsmannschaft hinunter, welche nach zwei Stunden die übrigen vier Leute im Förderkäbel heraufbrachte. Sämtliche vier Mann hatten zum Teil schwere Brandwunden an allen Gliedmaßen. Wie die ärztlichen Feststellungen ergaben, besteht jedoch bei niemand Lebensgefahr. Durch die Explosion sind die Schachtteinrichtungen nur leicht beschädigt. Vermutlich ist die Explosion auf Kurzschluss im elektrischen Zuleitungskabel zurückzuführen.

Aus den deutschen Nachbargebieten.

* Bischofsburg, 24. Juli. Ein frecher Raubüberfall ereignete sich in der Nähe des Gutes Gr. Parlese bei Bischofsburg. Der Bureauangestellte Plogki der Ziegelei Gr. Parlese, die der Dopr. Heimstätte gehört, wurde bei der Heimkehr in der Nähe des Gutes Gr. Parlese von zwei Männern, die plötzlich aus dem Walde spazogen, überfallen und in den Chausseegraben geschleppt. Hier wurde dem Überfallenen ein Betrag von 1800 Mark Rohngeldern geraubt. Die Räuber verschwanden unerkannt im Walde.

* Radebuhr, 24. Juli. Aus einem Personenauto, das kurze Zeit auf der Straße stand, ist ein brauner Handkoffer gestohlen worden, der eine Reihe von wertvollen Schmuckgegenständen enthielt. Seit langer Zeit ist hier ein Diebstahl, bei welchem dem Täter eine so wertvolle Beute in die Hände fiel, nicht verübt worden. In dem Koffer befanden sich folgende Schmuckgegenstände: eine Perlenkette aus echten weißen Perlen, befestigt mit Brillantsplittern, beiderseits des Schloßes vier bis fünf unechte Perlen; ein goldener Ring mit weißem Saphir in Platin gefaßt; ein goldener Ring mit Aquamarin, zifiliert, 10,85 gestempelt, ein Paar Ohrringe, Silber, gefaßt mit blauem Saphir, eine weiße Seidenkappe, eine Damenhandtasche mit Reißverschluß, enthaltend Paß auf Karola Strauch, ausgestellt von der Polizeiverwaltung Bad Comburg, ein Bündel Photos, ein braunes Portemonnaie, Taschenspiegel und andere Sachen mehr. Von dem Täter fehlt bisher noch jede Spur.

* Unruhstadt, 24. Juli. In der Scheune seines Bruders erhängt hat sich in Friedendorf der 40 Jahre alte Landarbeiter Stephan. Der Grund zum Selbstmord ist Arbeitslosigkeit gewesen.

* Swinemünde, 24. Juli. Mit dem Motorrad schwer verunglückt ist in der Nacht das Schlosser-Ehepaar Otto Rudzin aus Vansin. Das Ehepaar befand sich auf der Rückfahrt von Uckeritz nach Vansin, als die Maschine in der Kurve bei Pudagla in voller Fahrt gegen einen Chausseebaum raste. Rudzin und Frau wurden in großem Bogen vom Rade geschleudert. R., der bei dem heftigen Anprall gegen den Chausseebaum fürchterliche Verletzungen davongetragen hatte, ist inzwischen im Swinemünder Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen. Die Ehefrau hat schwere Unterleibsverletzungen erlitten und mußte ebenfalls ins Krankenhaus eingeliefert werden. Auch ihr Zustand ist sehr bedenklich.

* Greifswald, 24. Juli. Am Mittwoch brach in einem der ältesten Greifswalder Geschäfte, dem Ausstattungshaus Brüggemann, ein Großfeuer aus. Von der im Dachgeschloß des Vorderhauses liegenden Federkammer griff das Feuer auf den gesamten Dachstuhl über. Bei den Löscharbeiten sind zwei Personen verletzt worden. Eine Dame erlitt beim Verlassen des Hauses durch Herunterfallende Glasplitter Verletzungen. Der Brandmeister der Wehr hat eine Rauchvergiftung davongetragen.

Selbstmord des Konsuls Lee.

Das rätselhafte Verschwinden des englischen Konsuls in Marseille, Sir Arthur Lee, hat jetzt seine Aufklärung gefunden. Konsul Sir Arthur Lee hat, wie nach einer Pariser Korrespondenz der „Woff. Zeit.“ jetzt einwandfrei festgestellt wurde, Selbstmord begangen. Am Freitag hat ein Fischer in der Nähe von Marseille einen Handkoffer aus dem Meere gelandet, der einige Wäsche, Gebrauchsgegenstände und eine Photographie des Konsuls mit der Aufschrift enthielt: „Niemand hat an meinem Tode schuld; ich habe Selbstmord verübt.“

Chef-Redakteur: Gottlieb Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: L. B. Marian Seyfer; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Seyfer; für Anzeigen und Nekramen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann, G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 170

